

Der Neuenburger Handel (1856/57) und der Savoyerkonflikt (1860) in baslerischer Sicht

Autor(en): Fritz Grieder
Quelle: Basler Stadtbuch
Jahr: 1968

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/dd388fa1-cd2f-42ec-a157-40ad8276d2de>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Der Neuenburger-Handel (1856/57) und der Savoyer-Konflikt (1860) in baslerischer Sicht

Von Fritz Grieder

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges werfen manche Schweizer, vor allem große Teile der jungen Generation, unserer Außenpolitik unverzeihliche Passivität, charakterloses Lavieren vor. Es wird das Bild vom satten, risikoscheuen Schweizer gezeichnet, der sich auf dem bequemen Kissen der Neutralität ausruht. Diesen Kritikern schwebt ein außenpolitisches Ideal vor, das statt Indifferenz bewußte Parteinahme und letzten Einsatz, statt Stillehalten Dynamik vertritt. In der Geschichte des schweizerischen Bundesstaates nahmen die ersten anderthalb Jahrzehnte nach der Gründung einen besonderen Platz ein, insofern als sie von einer ideologisch bestimmten Außenpolitik beherrscht waren, welche zu schweren internationalen Krisen führte und den Grundsatz der Neutralität als Staatsmaxime zuweilen in Frage zu stellen drohte. Der Neuenburger- und der Savoyer-Streitfall können in ihrer Entstehung nur verstanden werden, wenn wir erkennen, daß damals noch — allerdings nicht mehr für lange — große Teile unseres Volkes in ihrer politischen Meinungsbildung gesinnungsmäßig und nicht interessenmäßig beeinflusst waren.

Basel stand damals, wenigstens was die politische Haltung der Mehrheit seiner Bevölkerung anbetrifft, in Opposition zum jungen Bundesstaat, dessen Gründung es nur widerwillig über sich hatte ergehen lassen. Es fehlte ihm auch, wenn wir die Zahl seiner Vertreter in den eidgenössischen Räten betrachten — je ein Mitglied im National- und im Ständerate —, das politische Gewicht innerhalb der Eidgenossenschaft. Was ihm an der Quantität gegenüber großen Kantonen, wie beispielsweise Bern und Zürich, abging, konnte es höchstens durch die Qualität seiner Vertreter im Bund bis

zu einem gewissen Grad wettmachen. Dies geschah weniger in den Beratungen des Plenums als in den Kommissionsverhandlungen und im wirtschaftlichen Aufbau des neuen Bundesstaates. Um so überraschender mag es sein, daß Basel, das sich aus geographischen, wirtschaftlichen und politischen Gründen bei Streitigkeiten zwischen den Eidgenossen, aber auch in außenpolitischer Hinsicht traditionsgemäß größter Zurückhaltung befließ, sowohl im Neuenburger-Handel als auch im Savoyer-Konflikt mehr als gewöhnlich hervortrat, freilich von ganz verschiedenen Gesichtspunkten aus. Die schweizerische Geschichtsschreibung, vor allem die radikal beeinflusste, übergeht, wenn wir von gewissen löblichen Ausnahmen absehen, diese Beiträge Basels zur Außenpolitik der schweizerischen Eidgenossenschaft.

In ihrer Ausgabe vom 3. September 1856 meldete die konservative «Basler Zeitung», indem sie sich auf den Inhalt eines Extrablattes der liberalen «Basler Nachrichten» stützte, aus La Chaux-de-Fonds sei eine telegraphische Depesche eingetroffen, wonach in der vergangenen Nacht Neuenburger Royalisten unter dem Oberbefehl von Oberstleutnant de Meuron durch einen Handstreich das Schloß Neuenburg als Regierungssitz besetzt und die Mehrheit der Staatsratsmitglieder gefangengenommen hätten. Die Redaktion fügte der zitierten Meldung bei, die Depesche bedürfe wegen der Unwahrscheinlichkeit ihres Inhalts auf jeden Fall einer Bestätigung. Bereits einen Tag später konnte dieselbe Zeitung aufgrund eines bundesrätlichen Kreisschreibens, welches inzwischen in der Staatskanzlei eingetroffen war, die Richtigkeit der erwähnten Meldung über die Neuenburger Ereignisse bestätigen. Gleichzeitig erfuhren die Leser, daß der Bundesrat, gestützt auf Artikel 16 der Bundesverfassung, die nötigen Maßnahmen zur sofortigen Unterdrückung dieses Aufstandes getroffen habe. Zu diesem Zweck habe er die Bundesräte Frey-Herosé und Fornerod als Kommissare nach Neuenburg gesandt mit dem Auftrag, die royalistische Bewegung mit allen Mitteln, d. h. nötigenfalls auch mit militärischer Gewalt, zu

unterdrücken. Dafür sei in den Kantonen Bern und Waadt je ein Infanteriebataillon aufgeboden worden.

Im Moment der Veröffentlichung dieses bundesrätlichen Kreisschreibens hatte sich der zweite Akt des Neuenburger Dramas bereits abgespielt. Als eben die bundesrätlichen Kommissare in Neuenburg eintrafen und ihre ersten Dispositionen trafen, wurde das Neuenburger Schloß von rund 2300 republikanisch Gesinnten, vor allem aus dem Gebiete von La Chaux-de-Fonds und Le Locle, unter dem Kommando von Oberst Denzler bereits belagert. In der Nacht vom 3. auf den 4. September wurde die Besatzung nach kurzem Kampf zur Kapitulation gezwungen. Die Royalisten ließen 8 Tote, 26 Verwundete und 480 Gefangene zurück. Unter den Inhaftierten befanden sich auch die eigentlichen Führer der Bewegung, die Grafen Carl Friedrich von Pourtalès-Steiger und Wessdehlen (G. F. Petitpierre). Zunächst übernahmen eidgenössische Rekruten aus Colombier auf Anordnung der Kommissare das Schloß Neuenburg, am Abend des 5. Septembers die inzwischen eingerückten Waadtländer und Berner Infanteristen. Weitere fünf Infanteriebataillone wurden in der Zwischenzeit aufgeboden.

Die «Basler Zeitung» kommentierte in einem ersten Leitartikel am 5. September die Neuenburger Ereignisse unter dem Titel «Die Revolution in Neuenburg» u. a. mit folgenden bezeichnenden Sätzen: «Man glaubt sich um zehn Jahre zurückversetzt und fragt sich: wie es denn möglich sei, daß eine Partei so sehr die Änderung der Verhältnisse verkennen konnte, um das Gelingen einer solchen Unternehmung für möglich zu halten? und als Konservative fügen wir bei: Wir halten die Zeit, wo solche Gewaltstreiche an der Tagesordnung waren, für eine der unglücklichsten in der Geschichte unseres Vaterlandes, und es ist der bedeutendste Vorzug der neuen Bundesverfassung, daß sie einem solchen verwildernenden Faustrecht ein Ende machte. Wir gestehen offen, daß uns die erste Nachricht von den Ereignissen vollkommen ungläubbar schien, und noch jetzt haben wir große Mühe, dasselbe überhaupt zu begreifen.» Der in diesem Kommentar enthaltene Hinweis auf die Freischarenzüge dokumentiert ziemlich

genau die legalistische Einstellung der Basler Konservativen, welche im schärfsten Gegensatz zur revolutionären Staatsauffassung der Radikalen stand. Eine aner kennenswerte Konsequenz kann man dieser Einstellung nicht absprechen, wandte sie sich doch in diesem Fall nicht gegen die Radikalen, sondern gegen konservative Royalisten, die gesinnungsmäßig den Basler Konservativen nicht allzu fremd waren.

Welches waren die Ursachen des abenteuerlichen Royalistenputsches, der so schwerwiegende Folgen haben sollte? Sie sind ohne Zweifel letztlich in einer eigentlichen Fehlentscheidung des Wiener Kongresses zu suchen. Damals führten die Diplomaten unter preußischem Einfluß das Fürstentum Neuenburg in den Besitz des preußischen Königs zurück, allerdings nicht als Bestandteil des preußischen Staates, gaben ihm aber gleichzeitig im Hinblick auf die Stärkung des militärpolitischen Gewichtes der neutralen Schweiz den Status eines schweizerischen Kantons. Das war eine Entscheidung, welche im Zeitalter der Nationalstaaten keinen dauernden Bestand haben konnte. Sogleich setzte in Neuenburg ein Seilziehen zwischen den preußisch gesinnten Royalisten und einer zur Schweiz hintendierenden republikanischen Partei ein. Wenn die einen nicht damit zufrieden waren, daß Neuenburg als christlicher Ständestaat mit Gemeindeautonomie und starken Korporationen wieder aufgebaut wurde, sondern dessen völlige Loslösung von der Schweiz forderten, so verlangten die andern um so stürmischer die innere Umgestaltung des Kantons zu einer geschlossenen politischen Einheit, die Trennung von Staat und Kirche, die Aufhebung sämtlicher ständisch bedingten Vorrechte, d. h. die Aufgabe alles dessen, was Neuenburg innerlich mit Preußen verbinden konnte, wo doch schon keine territoriale Verbindung bestand. Die Zeit arbeitete ohne Zweifel für die republikanische Gruppe. Je stärker die Industrialisierung den Kanton erfaßte, desto hinderlicher wurde die damals geltende Ständeordnung für die innere Entwicklung, desto anachronistischer muteten alle diese Fesseln an, welche der christliche Ständestaat dem industriellen Fortschritt auferlegte. Die Republikaner waren denn auch vor allem in den Industriezentren La Chaux-de-

Fonds und Le Locle zu finden, wogegen die Bauern und die Adligen als Konservative am Bestehenden festhielten. Der eigentliche Entscheid in diesem Ringen fiel wohl 1848, als den Republikanern endlich gelang, was sie schon 1831 vergeblich versucht hatten, nämlich die royalistischen Behörden aus ihren Ämtern zu verdrängen und eine neue Verfassung nach schweizerisch-radikalem Muster durch das Volk annehmen zu lassen, ohne daß der König von Preußen, der in Berlin selbst um seine Stellung bangen mußte, hätte eingreifen können.

Eine starke Minderheit der Bevölkerung leistete auch in den folgenden Jahren all den Neuerungen hartnäckigen Widerstand, die der Führer der Bewegungspartei, Piaget, gestützt auf die neue Verfassung, beschließen ließ. Waren die Gemeinden bisher finanziell und politisch weitgehend selbständig gewesen, so gingen ihre Rechte nun an den Kanton über. Dieser löste auch die vier alten Bourgeoisien auf, die bisher durch ihre Vertreter in den Landständen politisch maßgebend gewesen waren. Die Kirche wurde vom Staat getrennt, das Schulwesen diesem unterstellt. Die alten Feudalrechte konnten nun losgekauft werden und wurden durch eine direkte Einkommenssteuer ersetzt. Wesentlich war auch, daß alle seit zwei Jahren in Neuenburg ansässigen Schweizer das Stimmrecht erhielten. Noch einige Jahre später stellte Wesdehlen in einer Denkschrift fest, ein Drittel der Wähler seien nicht eingesessene Neuenburger, sondern Bürger anderer Kantone, und von ihnen seien neun Zehntel Anhänger der Republikaner, während die übrigen zwei Drittel der Bevölkerung sich ungefähr mit einer Mehrheit von 60% zum Royalismus bekannten.

Nach 1848 herrschte im royalistischen Lager einige Verwirrung. Nicht genug, daß die Partei, bezogen auf die Gesamtbevölkerung, in der Minderheit war. Ihre Anhänger waren auch unter sich uneins über den Weg, der zum ersehnten Ziel, zur Vereinigung mit Preußen, führen sollte. Eine Gruppe, die Gemäßigten, anerkannte den Umsturz von 1848 als fait accompli und beteiligte sich als Rechtsopposition am politischen Leben der Republik in der vagen Annahme, auf legalem

Wege rückgängig machen zu können, was die Republikaner geschaffen hatten. Die andere Gruppe, die Ultras, setzte ihre Hoffnung auf eine Restauration durch die Großmächte, hielt sich von den Staatsgeschäften strikte fern und leistete passiven Widerstand, wo dies möglich war. Allen gemeinsam war der Glaube an das, was in der Tradition geworden war, an eine von Gott gegebene politische Ordnung, die es hier auf Neuenburger Boden zu verteidigen galt. Diesem rechtserhaltenden Konservatismus stand der revolutionäre Radikalismus gegenüber.

Als die Großmächte im Londoner Protokoll (1852) zwar die Rechte des preußischen Königs auf Neuenburg formell und öffentlich anerkannten, aber doch nichts unternahmen, um den König in seinen Bestrebungen zur Wiedererlangung seiner alten Rechte zu unterstützen, da sahen die Führer der Neuenburger Royalisten, gegen welche die Zeit ja arbeitete, nur noch einen Ausweg, denjenigen der verzweifelten Gewaltanwendung. In Verkennung der wirklichen Sachlage in Neuenburg selbst und der wahren diplomatischen Situation ließen sich Wesdehlen und Pourtalès-Steiger vom preußischen Gesandten bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Rudolf von Sydow, aber auch von zahlreichen preußischen Freunden, immer mehr zu einer illusionären Politik drängen. Dem ganzen Kreis war das Bekenntnis zur Staatslehre Hallers «Die Restauration der Staatswissenschaft» gemeinsam. In dieser Richtung bewegten sich auch die Ideen Friedrich Wilhelms IV., der enttäuscht von der Zurückhaltung der Großmächte immer unruhiger wurde. Ziel der Verschwörung war die Restaurierung der royalistischen Einrichtungen in Neuenburg und damit die endgültige Loslösung Neuenburgs von der Schweiz. (Ein Kanton, der auf nichtrepublikanischer Grundlage aufgebaut war, konnte nach den Bestimmungen der Bundesverfassung gar nicht Gliedstaat der Eidgenossenschaft sein.) Der König wie alle seine Berater schienen zu vergessen, daß es in Neuenburg nicht nur um die Frage der inneren Konstitution ging, sondern daß hier im Zeitalter der Verwirklichung der nationalstaatlichen Idee doch viel mehr auf dem Spiele stand. Der schweizerische Bundesstaat, der

von den Radikalen 1848 gegen den Willen der kontinental-europäischen Großmächte geschaffen worden war, gründete auf dem Prinzip des nationalstaatlichen Zusammenschlusses der innerlich verwandten Völkerschaften. Seine Bürger waren stolz auf die nun gewonnene Handlungsfreiheit, und ein nie gekanntes Selbstbewußtsein, das in keinem Verhältnis zu den außenpolitischen Möglichkeiten dieses Kleinstaates stand, erfüllte seine Regierung. Deren Außenpolitik wurde 1856 eben von Bundespräsident Jakob Stämpfli geleitet, dem bedeutendsten Exponenten des schweizerischen Radikalismus.

Stämpfli hatte bereits am 20. April 1853 in seinem Organ, «Berner Zeitung», zum Thema Neutralität geschrieben: «. . . Ein einziges Prinzip, wenn man es so nennen darf, hatten wir auf dem Gebiete der äußeren Politik bisher entschieden im Auge, die Neutralität. Es mochte um uns her vorgehen, was da wollte, so ging unser Trost- und Wahlspruch dahin: Das geht uns nichts an, wir halten unsere Hände fern. Und gewiß trafen mit diesem Raisonement gewöhnlich 99% des Volkes zusammen. Man beging bei dieser für die Schweiz im allgemeinen durchaus richtigen Neutralitätspolitik einen einzigen Fehler: den nämlich, daß man dieselbe als absolute hinstellte und sie ohne Ausnahme als unsern einzig sicheren Ankergrund ansah . . . Wenn es sich nur um Erbfolge- und Eroberungskriege (also Machtkämpfe) handelt, dann ja, aber etwas anders stellt sich die Frage, wenn man sich einen Prinzipienkrieg denkt, wobei wir einen Krieg um solche Prinzipien meinen, die namentlich eine Lebensbedingung für uns als Freistaat sind. Nehmen wir z. B. einen Krieg an über die Frage, ob der und der Staat, dieses oder jenes Volk sich selbst eine Verfassung geben und sich ohne Einmischung eines dritten Staates frei entwickeln und regieren dürfe. Bei einem solchen Kriege ist die Schweiz ungemein beteiligt, d. h. sie hat ein hohes Interesse, daß das Prinzip der freien Selbstkonstituierung und Selbstregierung die Oberhand behält . . .» Diese Einschränkung des Neutralitätsgrundsatzes galt für Stämpfli, als die verzweifelten Neuenburger Ultras in der Nacht vom 2. auf den 3. September 1856 ohne offizielle Zustimmung der preußischen Regierung, aber mit

deren Wissen das Schloß in ihrer Hauptstadt stürmten, um die legitimen republikanischen Behörden mit Gewalt zu stürzen.

Wenn die Neuenburger Royalisten irgendwo in der Schweiz auf ein gewisses Verständnis für ihre Haltung rechnen durften, dann bei den konservativen Kreisen in Basel-Stadt; aber es ist ganz besonders hervorzuheben, daß dieses Verständnis nur der ideologischen, genau gesagt der antiradikalen Einstellung der Neuenburger Royalisten gelten konnte, keinesfalls aber ihrer inneren Bindung an die preußische Krone oder gar der Art und Weise, wie sie die königlichen Vorrechte wiederherzustellen trachteten. Mit andern Worten: das in jener Zeit überall wachsende Nationalbewußtsein beherrschte letztlich auch die Basler Konservativen, die zwar gerne eine konservative Regierung in Neuenburg gesehen hätten, aber eben nur eine solche, die im Rahmen der Schweizerischen Eidgenossenschaft verantwortlich gewesen wäre. Diese antiradikale Haltung hatte Neuenburg und Basel-Stadt 1832 im Sarnen-Bund zusammengeführt. Noch stand Basel unter dem Eindruck der schweren Auseinandersetzung mit dem Radikalismus in den dreißiger Jahren und hatte die unflätige Haßkampagne der radikalen Gazetten gegen die Stadt nicht vergessen.

Die «Basler Zeitung» legte in ihrer Ausgabe vom 6. September 1856 besonderes Gewicht auf die Feststellung, daß der Aufstand nur von den strengen Royalisten, nicht aber von den sogenannten conservateurs unterstützt worden sei, welche den Eid auf die Verfassung von 1848 abgelegt hatten. In ihrem Leitartikel vom 8. September 1856 verwies die «Basler Zeitung» zwar auf die schwierige rechtliche Situation Neuenburgs, die aus der Doppelsinnigkeit der Wiener Kongreßurkunde resultierte, und bedauerte in gewissem Sinne, daß das Fürstentum 1848 durch einen radikalen Gewaltstreich der Krone Preußens widerrechtlich entfremdet worden sei. Um aber zu unterstreichen, daß die Schweiz ihre Ansprüche nicht auf eine Revolution gründen müsse, fügte der Verfasser — wahrscheinlich Ratsherr Andreas Heusler — bezeichnenderweise bei: «Glücklicherweise hat die Schweiz weitere Gründe,

Gründe der Geschichte, des Rechtes und der Natur geltend zu machen: Wenn gegenwärtig von beiden Seiten ausgesprochen wird, daß das durch das öffentliche Recht Europas sanktionierte Doppelverhältnis Neuenburgs zu Preußen und der Schweiz nicht mehr haltbar sei, so sprechen die entscheidendsten aus der Geschichte und der Lage des Landes geschöpften Rücksichten für dessen Verbindung mit der Schweiz, und wenn dann hinsichtlich der Form allerdings gefehlt worden ist, so bietet einerseits die schwelende Gärung jener Zeit Gründe der Entschuldigung, anderseits mag sich die Schweiz zu jeder billigen Genugtuung erklären.» Damit bekannte sich das Organ der Basler Konservativen eindeutig zur schweizerischen Lösung, also zum Bruch des durch die Wiener Kongreßakte statuierten Rechtes. Gleichzeitig legte es dem Bundesrat nahe, er möchte klug genug sein, sich in dieser Angelegenheit die freundschaftliche Unterstützung derjenigen Großmacht zu verschaffen, deren Wort von größtem Gewicht sei, nämlich die Unterstützung Frankreichs. Um so beruhigter könnte man allfälligen Ansinnen entgegentreten, die von anderer Seite an die Schweiz gestellt würden, denn ohne französische und österreichische Mitwirkung werde kein preußischer Soldat die Schweiz betreten.

Wenn man in Basel offenbar in der Sache die vom Bundesrat vertretene Zielsetzung zu unterstützen gedachte, so verurteilte man mindestens in den konservativen Kreisen, wenn auch nur ausnahmsweise öffentlich, die rüde Form der Außenpolitik und die dazu parallel geführte Zeitungskampagne der dem Bundesrat nahestehenden Presse. Im zuletzt erwähnten Artikel der «Basler Zeitung» kritisierte der Verfasser den «Bund» und die «Berner Zeitung» mit folgenden Worten: «Die zum voraus von den Federhelden der Hofblätter gegen Spitzhelm und Pickelhaube verpuffte Tapferkeit kann bloß ein gemütliches Lächeln erregen.» Und einige Tage später war im gleichen Organ zu lesen: «Wenn wir sagten, Klugheit und Gerechtigkeit machen es der Eidgenossenschaft zur Pflicht, so wenig Schuldige als möglich zu finden, so ist der «Bund» ganz anderer Meinung. In seiner Jagd auf Staatsverbrechen begnügt er sich nicht mit den Unglücklichen, die

ihm von selbst ins Garn gefallen, er beweist auch noch im allgemeinen, daß die Insurrektion sehr starken Anhang gehabt habe, und spürt im einzelnen auf Mitschuldige, links und rechts Verdächtigungen hinwerfend, die er freilich später widerrufen muß. Man schlägt sich ja selbst ins Gesicht. Die conservateurs waren doch nicht beteiligt.»

Es wäre allerdings vermessen zu glauben, daß solche Kritik eines als erkonservativ verschrienen Blattes, das überdies noch in der frommen Stadt Basel erschien, in Bern irgendwelchen Eindruck hinterlassen hätte, um so weniger als die «Basler Zeitung» in jenem Zeitpunkt keinesfalls mehr die Einstellung der gesamten Basler Bevölkerung, sondern bloß diejenige der Konservativen und des juste-milieu vertrat. Diese zweite politische Gruppe, Techniker und Handelsleute repräsentierend, welche weniger doktrinär als pragmatisch dachten und handelten, prägte im Neuenburger-Handel eigentlich die Haltung der «Basler Zeitung». Daneben bestand aber eine aus Zugewanderten zusammengesetzte liberale und radikale Opposition, welche kein Hehl aus ihrer durchaus positiven Einstellung zum neuen Bundesstaat machte.

Als Organ der Liberalen galt damals das «Basler Intelligenzblatt», d. h. die «Basler Nachrichten». Dahinter stand rein gesinnungsmäßig der führende Liberale Basels, nämlich Nationalrat J. J. Stehlin, eidgenössischer Oberst, wegen seiner engen Beziehungen zu zahlreichen gemäßigten Mitgliedern der Bundesversammlung und speziell zu Bundesrat Jonas Furrer und zu Nationalrat Alfred Escher als einer der sogenannten Bundesbarone bezeichnet. Eben im Vorjahre hatte ihn die Bundesversammlung zum Mitglied des Bundesrates gewählt, doch hatte er diese Wahl ausgeschlagen. Die in der Sache feste, im Tone jedoch gemäßigte Haltung Stehlins und seines Kreises sprach während der ganzen Neuenburger Krise aus den Meldungen des «Intelligenzblattes». Während die «Basler Zeitung» häufig redaktionelle Artikel über den Verlauf der heiklen Angelegenheit brachte, legte das «Intelligenzblatt» viel mehr Gewicht auf die Korrespondentenberichte aus Bern und den ausländischen Hauptstädten.

Zunächst mündete der Neuenburger Putsch in eine rege

diplomatische Tätigkeit ein, welche den ganzen Herbst und Frühwinter 1856 hindurch den Bundesrat und die europäischen Kabinette beschäftigte, die schweizerische Öffentlichkeit aber noch nicht allzusehr alarmierte. Der preußische Gesandte legte unmittelbar nach den Vorgängen in Neuenburg beim Bundesrat Rechtsverwahrung ein und verlangte die sofortige Freilassung der gefangenen Royalisten. Dazu konnte nun allerdings der Bundesrat, vom energischen, unnachgiebigen Stämpfli geführt, keinesfalls Hand bieten, hätte er doch damit das einzige Pfand zurückgegeben, das ihm für die endgültige Loslösung Neuenburgs von der preußischen Krone verblieb. In einer Botschaft an die eidgenössischen Räte umschrieb der Bundesrat sein Ziel damit, Neuenburg durch diplomatische Verhandlungen der preußischen Krone abzunehmen, allerdings wollte er die Initiative zu solchen Verhandlungen der Gegenpartei überlassen.

Entscheidend war auf internationaler Ebene, daß es Preußen nicht gelang, die übrigen Großmächte für seine Forderungen zu gewinnen. Österreich, Preußens größter Rivale im deutschen Raum, hütete sich wohl, Friedrich Wilhelm IV. zu unterstützen. England ermutigte den Bundesrat in seiner Aktion geradezu, indem sich Lord Palmerston, damaliger Premierminister, auf den Standpunkt stellte, die Völker seien nicht für die Fürsten da. Deren Rechte müßten erlöschen, sobald ihnen die Zustimmung des Volkes entzogen sei. So blieb es dem damals mächtigsten Kontinentalstaat Frankreich vorbehalten, die Schiedsrichterrolle zu übernehmen. Dessen Kaiser Napoleon III. war allerdings beiden Parteien gleich verdächtig. Die Preußen sahen in ihm einen üblen Revolutionär und Usurpator, Stämpfli andererseits verurteilte ihn, den ehemaligen Liberalen, als einen charakterlosen Renegaten, der die Idee des Liberalismus verraten und im eigenen Land die freiheitlichen Bestrebungen unterdrückt hatte. Machtpolitisch hatte Napoleon III. sicher alles Interesse daran, daß Neuenburg nicht in preußischem Besitz verbleibe. Während sich Preußen ihm gegenüber auf diplomatischem Wege schließlich bereit erklärte, Neuenburg freizugeben, sobald die gefangenen Royalisten entlassen seien, weigerte sich Stämpfli,

mißtrauisch gegenüber der undurchsichtigen französischen Diplomatie und ermutigt vom englischen Gesandten, das Pfand aus der Hand zu geben, bevor Preußen in aller Form auf Neuenburg verzichtete. Man vermochte in Bern kaum zu ermessen, welche Überwindung es Friedrich Wilhelm IV. kosten mußte, auch nur diese Konzession zu machen, ihm, der einen freiwilligen Verzicht als Wortbruch gegenüber treuen Untertanen betrachten und die drohende Verurteilung der gefangenen Royalisten als schweren Schlag ins Gesicht aller legitimer Souveräne Europas befürchten mußte.

Aufgrund eines Schreibens Napoleons III. an General Dufour betraute der Bundesrat diesen als außerordentlichen Gesandten mit einer Mission am französischen Kaiserhof. Gegenüber den Drohungen Napoleons, er werde den Dingen ihren Lauf lassen, d. h. er werde sich einem preußischen Einmarsch in die Schweiz nicht widersetzen, falls diese nicht bereit sei, die Gefangenen vor einer formellen Zusage Preußens freizugeben, mußte Dufour seinen Instruktionen gemäß hart bleiben. Er brachte dem Kaiser zur Kenntnis, man werde im Gegenteil den Gefangenen den Prozeß machen, nach dem zu erwartenden Urteilsspruch könnte man sie begnadigen. Als Ergebnis der Besprechungen Dufours mit dem Franzosenkaiser richtete dieser eine Note an den Bundesrat, in welcher er erklärte, daß er bereit sei, mit der Schweiz gemeinsame Sache zu machen, um die auch seinem Wunsch entsprechende preußische Gegenleistung herbeizuführen, sobald die Gefangenen freigelassen seien. Der englische Gesandte in Paris weigerte sich bezeichnenderweise, sich diesem Schritt Napoleons III. anzuschließen. Der Bundesrat betrachtete denn auch die Garantien als ungenügend und lehnte damit die französische Vermittlungsaktion ab.

Kein Zweifel, die harte politische Haltung, mit der der Bundesrat den Franzosenkaiser fast noch mehr verärgerte als den Preußenkönig, fand nicht überall in der Schweiz Zustimmung, wenn auch nach außen hin das Bild einer unbedingten inneren Geschlossenheit vorgetäuscht wurde. Bei den Konservativen, ja selbst in Kreisen der gemäßigten Liberalen fürchtete man immer mehr eine gemeinsame Aktion der Kon-

tinentalmächte, der gegenüber sich die Schweiz nur auf die Hilfe der Seemacht England hätte stützen können. Eine gemeinsame Note der Gesandten Österreichs, Rußlands und Frankreichs, worin die Herausgabe der gefangenen Royalisten gefordert wurde, tat das ihre, um solche Befürchtungen zu nähren. Die «Basler Zeitung» ließ sich am 24. Oktober aus Bern melden: «In Bern fängt man an, die Sache ernsthafter anzusehen, nachdem die Gesandten Frankreichs, Österreichs und Rußlands die Gefangenenbefreiung ohne Gegenleistung verlangt haben, während der Bundesrat die Anerkennung Neuenburgs und den Verzicht Preußens fordert.» Ph. A. von Segesser, der maßgebende konservative Politiker jener Tage, äußerte sich gegenüber Andreas Heusler, der Bundesrat betreibe eine *va banque*-Politik, welche schließlich die Radikalen der Schweiz zwingen könnte, in den Nachbarländern Revolutionen auszulösen, um deren Regierungen an einer Intervention in unserem Lande zu hindern. Es ist auch richtig, daß Stämpfli in Gesprächen mit fremden Diplomaten die Möglichkeit einer Revolutionierung der europäischen Völker durchblicken ließ. Das war eine bedeutende Trumpfkarte in seinem Spiel.

Das Spätjahr 1856 stand im Zeichen beidseitiger militärischer Vorbereitungen. Bei der erwähnten Versteifung der diplomatischen Fronten war ein friedlicher Ausgleich nicht abzusehen. Die Spannung erreichte kurz nach Neujahr 1857 ihren Höhepunkt. Basel lag ähnlich wie Schaffhausen an besonders exponierter Stelle, und hier fragte man sich denn auch zuerst, welches Schicksal die Stadt im Kriegsfall erleiden würde. Am 5. November 1856 bereits wurde die schweizerische Armee (Auszugstruppen) durch eine Art Landesverteidigungsrat in neun Divisionen eingeteilt, bestehend aus je dem Divisionsstab, einer Kompagnie Sappeure, drei Batterien Feldartillerie, einer Park-Kompagnie, zweieinhalb Kavallerie-Kompagnien, sechs Kompagnien Scharfschützen, drei Infanterie-Brigaden zu je vier Bataillonen. Abgesehen von Reserven standen als Armeetruppen drei Kompagnien Sappeure, sechs Kompagnien Pontoniere, 12 Kompagnien Positionsartillerie und 17 Kompagnien Scharfschützen zur Verfügung,

alles in allem mit einem Effektivbestand von 104 500 Mann und 9000 Pferden. Der Generalstab erteilte sofort Befehl, an der Nordgrenze neue Telegraphenlinien zu errichten. Am 19. November tagte in Bern unter dem Vorsitz des Chefs des Eidgenössischen Militärdepartementes, Bundesrat Frey-Herosé, ein eigentlicher Kriegsrat, dem General Dufour und die Obersten Fischer, Egloff, Kurz, Veillon, Salis, Stehlin, Delarageaz und von den Linden angehörten. Dufour entwickelte hier seinen Operationsplan, der von der Absicht ausging, Schaffhausen unbedingt zu verteidigen. Der Verlust eines schweizerischen Kantons würde sich psychologisch nachteilig auswirken. Doch könne diese Verteidigung aus topographischen Gründen nur außerhalb schweizerischen Gebietes erfolgreich ins Werk gesetzt werden. Das Schwergewicht, rund 50 000 Mann, sollte im zürcherisch-schaffhausischen Grenzraum konzentriert werden, der rechte Flügel stützte sich mit rund 10 000 Mann auf die Festung St. Luziensteig, rund 30 000 Mann hatten auf dem linken Flügel den Raum um Basel zu verteidigen. Die restlichen 14 000 Mann standen dem Hauptquartier in Zürich zur Verfügung. Dufour machte sich um Basel geringere Sorge als um Schaffhausen, war er doch überzeugt, daß sich die Stadt mit Hilfe von Befestigungswerken, die sofort anzulegen waren, und einer hinreichend ausgestatteten Garnison halten lasse. Selbst wenn der Feind Kleinbasel besetzen sollte, so würde der Rhein als natürliche Verteidigungslinie der schweizerischen Armee von unschätzbarem Nutzen sein. Die Devise hieß also: Offensive auf süddeutsches Gebiet bei Schaffhausen, kräftige Defensive bei Basel. Besonderes Augenmerk schenkte der zukünftige Oberbefehlshaber den Rheinübergängen, vor allem denjenigen im Raume Schaffhausen. Allgemein wurde der Befehl erteilt, daß die bestehenden Rheinbrücken am rechten Ufer mit Haubitzen kleinen Kalibers, am linken Ufer mit Positionsgeschützen vom stärksten Kaliber armiert werden müßten und daß ferner das Material für den Bau von Notbrücken sofort bereitzustellen sei. Der General rechnete für den Ernstfall mit einer raschen Verdoppelung der Auszugstruppen durch die Landwehr und die zahlreichen Freikorps, die sich für den Kampf zur

Verfügung stellen wollten. Auf dem Bodensee sollten armierte Schiffe kreuzen, unter dem Kommando eines Waadtländers, der in englischen Diensten Seeoffizier gewesen war.

Was war nun für die Verteidigung Basels im einzelnen vorgesehen? Offenbar wurde der Generalstab von den Ereignissen überrascht. Wie wäre es sonst zu erklären, daß der Chef des Eidgenössischen Militärdepartementes am 8. November 1856 dem Obersten J. J. Stehlin den Auftrag erteilte, er möchte sich zu einem Verteidigungsplan für Basel äußern, der im Jahre 1799 von einem französischen Genieoffizier aufgestellt worden war und sich nun noch in den eidgenössischen Archiven vorfand? Stehlin besprach sich darüber mit Genie-stabshauptmann Alioth und fertigte zuhanden des Militärdepartementes ein Croquis aus. Im Begleitschreiben legte er besonderes Gewicht auf eine aktive Verteidigung. Kleinbasel dürfe schon aus politischen Gründen unter keinen Umständen verlorengehen. Dufour lehnte sich in seinem Operationsplan im wesentlichen an die Vorschläge Stehlins an¹.

Der Akzent lag auf der Verteidigung Kleinbasels. Es konnte aber nur passiv verteidigt werden, weil der Raum zum Manövrieren innerhalb der Grenzen fehlte. Überdies durfte man nicht zugleich an zwei Orten offensiv vorgehen. Daher empfahl sich die Verteidigung des rechtsrheinischen Gebietes in Basel mit Artillerie groben Kalibers. Um eine reibungslose Verbindung über den Rhein herzustellen, war geplant, etwas oberhalb der heutigen Wettsteinbrücke, eine Pontonbrücke zu bauen. Das Material für eine zweite Notbrücke, die in der Gegend der heutigen Kaserne zu schlagen gewesen wäre, wurde bereitgestellt.

Die Schanzen von Kleinbasel bildeten einen ununterbrochenen Halbkreis von einer halben Marschstunde Ausdehnung. Es waren im ganzen 14 Werke, an denen ab Ende Dezember 1856 gearbeitet und die im Verlaufe von 15 Tagen fertiggestellt wurden. Sie erstreckten sich vom Klybeck-Gebiet im Norden zum Wiesenknie beim heutigen Bahnübergang und

¹ St.A. B.-St. Privatarhiv Stehlin 513, I, B, 5, 24.

dann südostwärts verlaufend hinüber ins heutige Hirzbrunnenquartier; die äußerste Schanze lag am Riehenteich in der Nähe des jetzigen Pumpwerkes. Dann verlief die Schanzenlinie an den Rhein gegenüber der Birsmündung. Die Schanzen waren unter sich durch Straßen verbunden, welche rasche Rochaden ermöglichen sollten. Im ganzen waren sie mit 78 Geschützen bewehrt. Man behauptete, ihre Brustwehren könnten den Geschossen von Zwölfpfünderkanonen trotzen. Die Gräben waren verhältnismäßig tief, und die Mehrzahl war innen mit Holz verkleidet, einige mit Schanzenpfählen versehen. Um die Verteidigung dieser Linie zu erleichtern, war geplant, die Wiese im Bereiche des heutigen Pumpwerkes zu stauen und das ganze Vorgelände der Schanzenlinie vom Riehenteich über das Otterbach-Areal bis zu den Mühlematten und zum Klybeck unter Wasser zu setzen.

Dahinter erstreckte sich eine zweite Verteidigungslinie vom Gebiet des heutigen Rheinschulhauses zur Freiburgerstraße und dann über das Areal des heutigen Badischen Bahnhofes zur Eisenbahnbrücke. Diese Linie diente dem Schutze der Reservetruppen. In ähnlicher Weise wurde auch Kleinhüningen, das bereits außerhalb der Verteidigungslinie lag, leicht befestigt. Die Schanzarbeiten wurden zunächst von in Basel ansässigen Elsässern und Badensern wie auch von Baslern im Taglohn, später von eidgenössischen Truppen besorgt. Man rechnete mit einem Kostenaufwand von 164 000 Franken für die Arbeiten selbst und rund 130 000 Franken für die Landentschädigung.

Für die Erstellung der Pontonschiffbrücke benötigten die Truppen acht Tage. Dieses Unternehmen war offenbar mit bedeutenden Schwierigkeiten verbunden, da es nicht gelang, die Pontons zu verankern. Man mußte zunächst über den Rhein ein Seil spannen, an welchem dann Kohlenbarken und gewöhnliche Kähne befestigt werden konnten. Zur weiteren Sicherung benötigten die Pontoniere Pfähle, die sie ins Rheinbett einrammen mußten. Schließlich stand die Brücke da, für die Laien ein Wunderwerk, 800 Fuß lang und 30 Fuß breit, mit Durchlaß für Handelsbarken. Die gesamte Befestigung wurde unter dem Kommando des Artillerieobersten Delara-

geaz² errichtet, der direkt dem General unterstellt war. Daß diese Aufgabe nicht, wie es eigentlich nahelag, dem Basler J. J. Stehlin übertragen wurde, befremdete in weiten Kreisen um so mehr, als in dessen Hintanstellung ein politisches Mißtrauensvotum Stämpflis gegen einen gemäßigten Politiker gesehen werden mußte.

Wie war es zu einer Verschärfung der Lage gekommen, die solche Maßnahmen rechtfertigte? Am 20. Dezember 1856 meldete der Bundesrat dem Kleinen Rat von Basel, der preußische Gesandte sei soeben von seiner Regierung angewiesen worden, seine amtlichen Beziehungen zum Bundesrat abzubauen. Die Kantonsregierungen wurden aufgefordert, sowohl den Auszug, die Reserve als auch die Landwehr in Marschbereitschaft zu halten und allfällige Lücken im Personellen und Materiellen sofort zu ergänzen. Die Bundesversammlung wurde auf den 27. Dezember 1856 einberufen. Vorausgegangen waren Drohungen, Preußen gedenke seine Truppen zu Beginn des Jahres 1857 einmarschieren zu lassen. Es schien offenbar auf dem Punkte zu sein, die Zustimmung der süddeutschen Höfe zum Durchmarsch zu erhalten, und hatte bereits eine Teilmobilmachung angeordnet. Der Bundesrat entsandte sein Mitglied Jonas Furrer sogleich nach Süddeutschland, damit er den preußischen Bemühungen entgegenwirken könne. Gerade in diesen Tagen veröffentlichte der französische «Moniteur» einen wenig freundlichen Artikel gegen die Schweiz und nannte diese ein Staatswesen, das, demagogischen Einflüssen nachgebend, die Pariser Ratschläge voll übertriebener Empfindlichkeit abweise. Schweizerischerseits wurden vorläufig zwei Divisionen mit reduziertem Bestand zur Wacht am Rhein aufgeboden, nämlich die 3. Division unter Oberst Bourgeois für den Bereich Basel—Aaremündung und die 5. Division unter Oberst Ziegler für das Gebiet Aaremündung—Bodensee.

Wieweit es sich dabei um eine militärisch gerechtfertigte Präventivmaßnahme oder um eine fürs Ausland bestimmte

² J. Louis-Henri Delarageaz (1807—91), seit 1845 radikaler Staatsrat der Waadt, in Préverenges; damals populärster Waadtländer Politiker.

Machtdemonstration handelte, läßt sich kaum ermessen. Jedenfalls warnte der Bundesrat in jenen Tagen den Kleinen Rat von Basel, bei den gegenwärtigen Verhältnissen zu Preußen müsse auch die Möglichkeit eines Handstreiches gegen einzelne Teile der Schweiz ins Auge gefaßt werden; daher würden die Grenzkantone dringend eingeladen, ihre gesamte Wehrkraft in der Weise bereitzuhalten, daß eventuell sofort darüber verfügt werden könne. Zugleich sei es Gebot der Stunde, auf alles, was an unserer Grenze und darüber hinaus vor sich gehe, ein genaues Augenmerk zu halten und den Bundesrat rechtzeitig davon zu unterrichten. Es ist zu bedenken, daß die Verfassung von 1848 das Militärwesen nur zum Teil zentralisierte, so daß den Kantonen noch ein beträchtlicher Teil der Verantwortung für die Verteidigungsbereitschaft verblieb.

Am 21. Dezember 1856 wurden sämtliche Brigadestäbe der 2., 4., 6. und 8. Division in den Aktivdienst einberufen, zwei Tage später diejenigen der 1. Division. Die 3. Division hatte im Raume Basel—Rheinfelden in vorderster Front die 7. Infanterie-Brigade mit den Bataillonen 19 (Bern), 33 (Luzern), 72 (Solothurn) und den Scharfschützen-Kompagnien 9 (Bern) und 24 (Obwalden) stehen. Dahinter nahm im mittleren und unteren Baselbiet die 8. Infanteriebrigade als Divisionsreserve mit dem Brigadestab in Liestal Aufstellung. Auch das Divisionshauptquartier befand sich in Liestal. Neben den Sechspfünder-Batterien 12 (Luzern) und 13 (Freiburg) wurden im Raume Basel als bewegliche Einheiten die Dragoner-Kompagnie 11 (Bern) und eine halbe Guiden-Kompagnie (Bern), schließlich kurz nach Neujahr 1857 zwei Sappeur- und eine Pontonier-Kompagnie eingesetzt.

Welche Haltung nahm die Bevölkerung von Basel-Stadt den Ereignissen gegenüber ein? Von einer alles überwallenden patriotischen Begeisterung zu sprechen, wäre sicher weit übertrieben. Die meisten Basler waren sich im klaren darüber, daß die Stadt als linker Eckpfeiler der schweizerischen Front in einem allfälligen Krieg sicherlich schwere Opfer zu tragen haben würde, und man wünschte daher sehnlichst, daß dieser Krieg nicht mutwillig provoziert werde, solange noch

nicht alle diplomatischen Mittel zu einer friedlichen Verständigung erschöpft waren. Die radikale Politik, welche sowohl von Frankreich als auch von Preußen unbedingte Freigabe Neuenburgs vor Beginn des Prozesses gegen die Royalisten forderte, fand hier nur bei der zahlenmäßig noch schwachen Linken Unterstützung. In Regierungskreisen legte man Gewicht darauf, alle Vermittlungsbestrebungen zu fördern, ja man setzte, wie noch zu zeigen sein wird, eine direkte Aktion zur Beeinflussung des preußischen Königs mit aller Energie ins Werk.

Die Stadt war noch nach allen Seiten von militärisch bedeutungslosen Wällen und Gräben umgeben. Innerhalb dieses Ringes wohnte der größte Teil der rund 30 000 Einwohner. Neben der handwerklich und industriell orientierten Bürgerschaft, die wirtschaftlich und politisch maßgebend war, gab es eine zunehmende Zahl von niedergelassenen Kleinhandwerkern, Arbeitern und Dienern. Diese, zumeist Baselbieter, Elsässer und Badenser, waren weitgehend von der Seidenbandindustrie abhängig, deren Ausfuhr nach England, den USA, den deutschen Staaten und Rußland führte und einen jährlichen Wert von immerhin bereits rund 30 Millionen Franken erreichte. Auch blühte in der Stadt der Transporthandel. Wir sehen, auch wirtschaftlich war es für die Stadt von größter Bedeutung, daß der Friede erhalten blieb, um so mehr als sie sich zum größten Teil aus ihrem näheren und weiteren Hinterland, aus Baden und dem Elsaß, also aus dem Ausland, mit Nahrungsmitteln versorgte.

Die Unterbringung zahlreicher Truppeneinheiten in der Stadt und in ihrer näheren Umgebung begegnete offenbar bedeutenden Schwierigkeiten, wie dies aus dem Rechenschaftsbericht Dufours, aber auch aus den Akten des Kleinen Rates hervorgeht. Während der Bevölkerung attestiert werden konnte, daß sie sich um die Beschaffung des notwendigen Materials für den Brücken- und Schanzenbau verdient machte, stellten sich bei der Einquartierung der Truppen, soweit diese nicht in Biwaks untergebracht waren, Schwierigkeiten ein, die z. T. auf mangelhafte Organisation, z. T. aber auch auf kleinbürgerlichen Egoismus zurückzuführen waren. Nach der Usanz

des Quartieramtes wurde die Mannschaft gemäß dem Einkommen des Quartiergebers auf die einzelnen Haushaltungen verteilt, ausgenommen blieben aber jene Familien, aus denen selbst Kontingentspflichtige in den Militärdienst eingezogen worden waren. Bei einem Einkommen von beispielsweise 4000 Franken wurden 2½ Mann, bei einem solchen von 23 000 Franken 9 Mann zugeteilt. Indessen wurde, laut Pressemeldungen, in der Öffentlichkeit bemängelt, daß sich manche Bürger um ihre Verpflichtungen zu drücken verstanden, indem sie es nicht hinderten, daß das Quartieramt ihr Einkommen offenbar wesentlich zu niedrig einschätzte. Diese Angelegenheit sollte später im Großen Rat noch ein Nachspiel haben, indem Prof. W. Vischer am 2. Februar 1857 beantragte: «In Betracht der verschiedenen Übelstände, welche sich bei dem bisherigen Zustande des Einquartierungswesens unleugbar herausgestellt haben, trage ich darauf an, es möge der Kleine Rat eingeladen werden, diesen Gegenstand einer näheren Prüfung zu unterwerfen und dem Großen Rat einen darauf bezüglichen Gesetzesentwurf vorzulegen.»

In der Zeit zwischen Weihnachten 1856 und Mitte Januar 1857 bangte die Bevölkerung Basels und mit ihr der ganzen Schweiz um die Aufrechterhaltung eines ehrenhaften Friedens. In diese Zeit fallen die wichtigsten militärischen Vorsichtsmaßnahmen, aber auch die diplomatischen Schritte, welche die Wendung zum Besseren brachten. Am 24. Dezember berichtete das Militärkollegium dem Kleinen Rat über die von ihm getroffenen Maßnahmen, nämlich daß die personellen und materiellen Lücken im Bundeskontingent ausgefüllt worden seien. Ferner habe es, um sich über die Vollständigkeit der Ausrüstung zu vergewissern, eine Inspektion angeordnet und die inzwischen befohlene Pikettstellung der ganzen Armee der Bevölkerung bekanntgegeben. Schließlich ersuchte es den Kleinen Rat um Gewährung eines Kredites von 5000 Franken für die Anschaffung einer kleineren Anzahl diensttauglicher Pferde. Gleichzeitig lief beim Kleinen Rat ein Kreisschreiben des Bundesrates ein, wonach Oberst Bourgeois, der Kommandant der 3. Division, ermächtigt sei, im dringenden Fall die gesamte Truppenmacht des Kantons

Basel-Stadt unter die Waffen zu rufen. In einer Abendsitzung beschloß der Kleine Rat eine vom Staatskollegium vorgelegte Proklamation zuhanden der Bürgerschaft zu veröffentlichen. Verfasser des Textes war Bürgermeister Felix Sarasin. Er lautete:

Geliebte Mitbürger!

Mit gewaltigem Ernst haben die Ereignisse sich entwickelt. Unser theures Vaterland sieht sich aufgefordert, seine Söhne unter die Waffen zu rufen.

Zu seinen Bundesbehörden steht in Einigkeit, festem Muth und Gottvertrauen das gesammte Schweizer Volk, im Gefühle, daß es hier gilt, unsere edelsten Güter zu vertheidigen.

Die ersten eidgenössischen Truppen rücken in unsere Mauern und auch unsere Mannschaft ist gerüstet, zu jeder Stunde in Dienst zu treten.

Eure Regierung ruft in diesem ernstesten Augenblicke Euch zu: Gedenkt des mannigfachen Segens, den Basel im Schweizer Bunde seit Jahrhunderten genossen! Haltet Euch bereit, auch Opfer dafür zu bringen. Bietet zu allen Anordnungen der Bundes- und der Kantonsbehörden freudig die Hand. Nehmt die einrückenden Eidgenossen mit Liebe auf und wer unter Euch in Reih und Glied zu treten hat, der thue es als Mann und als Schweizer, in treuer Pflichterfüllung auch unter den schwersten Umständen.

Gott erhalte und schütze unser Vaterland!

Basel, 24. Dezember 1856.

Bürgermeister und Rath des Kantons
Basel-Stadt

Der Amtsbürgermeister:

Dr. J. J. Burckhardt

Der Staatsschreiber:

G. Felber

Am 25. Dezember theilte der Bundesrat dem Kleinen Rat mit, daß am folgenden Tag Oberst Delarageaz in Basel ein-

treffen werde, um die Befestigungsarbeiten zu leiten. Zur gleichen Stunde forderte der Bundesrat angesichts des Ernstes der Lage auf, den Polizeidienst besonders energisch zu betreiben und namentlich gegen Spione und agents provocateurs mit aller Strenge einzuschreiten. Dabei sei ein besonders wachsames Auge auf das Treiben der politischen Flüchtlinge und auf die Presse zu richten, damit diese gemeine Beschimpfungen und polternde Herausforderungen unterließen. In einem weiteren Schreiben forderte das Eidgenössische Militärdepartement die Kantonsregierung auf, in den Gemeinden des Kantons sofort ein Verzeichnis aller Häuser, ferner aller Lokalitäten, welche sich als Wachtstuben, als Werkstätten, Spitäler, dann auch als Stallungen eignen könnten, aufnehmen zu lassen und die Zahl der Einwohner und den Pferdebestand anzugeben.

In seiner Sitzung vom 31. Dezember nahm der Kleine Rat Kenntnis von einem Kreisschreiben des Bundesrates über die Organisation der Landwehr sowie allfälliger weiterer Wehrkräfte wie freiwilliger Schützenkorps, akademischer Freikorps und Bürgergarden. Deren Bestand sollte bis Mitte Januar dem Eidgenössischen Militärdepartement bekanntgegeben werden. Das Militärkollegium meldete die Durchführung einer Inspektion am 30. Dezember, den Einkauf von sieben Reitpferden und den Abschluß von Verträgen über die Indienststellung von Reit- und Zugpferden bei der Artillerie. Einem Gesuch von rund 40 Studenten, sich als Freikorps organisieren zu dürfen, wurde stattgegeben. Die dienstwilligen Studenten wurden mit Ordonnanzgewehren und Säbeln ausgerüstet und vom kantonalen Instruktionschef in Pflicht genommen. Einem Befehl des eidgenössischen Oberfeldarztes folgend, wurde ein erstes Militärspital mit 40 Betten im ehemaligen Kloster Gnadental (Ecke Spalenvorstadt-Petersgraben) eingerichtet, die Schaffung weiterer Sanitätsstationen sollte sogleich vorbereitet werden. Die Organe der städtischen Feuerwehr forderten die sofortige Ergänzung des Korps durch nicht eingeteilte Mannschaften und die Aufstellung einer permanenten nächtlichen Feuerwache, bestehend aus sechs Mann und einem Unteroffizier, ferner die Zuteilung von

Militärmänteln. In diesem Sinne entschied der Kleine Rat. Dem Auftrag des Eidgenössischen Militärdepartementes entsprechend wurde ein bedeutender Vorrat an Schuhwerk, Wollsocken und Filzsohlen angelegt, und zwar wurde er zu günstigen Preisen aus Straßburg geliefert.

Vom Wirken patriotischer Vereinigungen in jenen Tagen geben z. B. die Anstrengungen des Grütlianer-Vereins, der Stämpflis Politik besonders eifrig unterstützte, beredte Kunde. Damals leitete die Basler Sektion die Geschäfte des Zentralkomitees. An dessen Spitze stand in Basel J. Lüthi-Bürigin, der geistige Leiter war indessen der radikale Führer Wilhelm Klein. Schon im Dezember hatte das Zentralkomitee an alle Sektionen in der Schweiz einen feurigen Aufruf erlassen mit dem dringenden Ersuchen, alle Grütlianer, welche nicht in die Armee inkorporiert seien, möchten sich ihren kantonalen Regierungen in dieser oder jener Form zur Verfügung stellen. Am Neujahrstag 1857 wandte sich das Zentralkomitee mit einem Schreiben erneut an die Sektionen und forderte diese auf, sie möchten alle verfügbaren Leute zur Schaffung eines Schanzengräber-Korps aufbieten. W. Klein beklagte sich darüber, daß dem Vaterland große Kosten erwüchsen, wenn in Basel Elsässer und Schwaben gegen einen hohen Taglohn zur Schanzarbeit eingesetzt werden müßten. Er anerkantete sich, das geplante Schanzengräber-Korps zu organisieren und zu leiten, mußte aber in einem Schreiben an das Zentralkomitee des Grütlianer-Vereins am 10. Januar bekennen, daß die Antworten der verschiedenen Sektionen auf seine Aufforderung sehr unterschiedlich ausgefallen seien. Vier Sektionen hätten sich geradezu geweigert, acht Gruppen, vornehmlich welsche, seien bereit, seine Anstrengungen zu unterstützen, so daß es wenigstens möglich sei, dem Eidgenössischen Militärdepartement ein ausgerüstetes Korps von rund hundert Mann anzubieten. In diesem Sinne unterrichtete das Zentralkomitee am 12. Januar den Bundesrat und erhielt postwendend ein Dankschreiben des Bundespräsidenten Fornerod³.

Am 30. Dezember 1856 wählte die Bundesversammlung

³ St.A. B.-St. Privatarhiv 601, A, 2, 2.

in feierlicher Sitzung General Dufour zum Oberbefehlshaber der Armee. Teile der 1., 4. und 6. Division wurden zur Ergänzung der bereits im Felde stehenden 3. und 5. Division einberufen. Der Operationsraum der 3. Division wurde insofern verengert, als sich die östliche Grenze nun nicht mehr an der Aare, sondern auf der Linie Möhlin—Sissach befand. Zwischen die 3. und die 5. Division schoben sich nun im untern Aaregebiet Elemente der 4. Division. Die 78 Positionsgeschütze für die Verteidigung Kleinbasels wurden von überallher in Richtung auf Basel in Bewegung gesetzt. Zur Ergänzung der einrückenden eidgenössischen Truppen wurden in Basel zu Beginn des Jahres 1857 sämtliche Rekruten des Jahres 1857, ferner die nicht eingeteilten Mannschaften und die ins Ausland beurlaubten Militärpflichtigen einberufen. Für die Landwehr wurde der Auftrag erteilt, 600—700 Tornister und eine entsprechende Anzahl Militärmäntel einzukaufen. Am 3. Januar 1857 gelangten die Oberstleutnants Wilh. Bischoff und Rud. Burckhardt an den Kleinen Rat mit der Bitte, die Bürgergarde reorganisieren zu dürfen. Im Hinblick auf die sehr exponierte Lage der Gemeinde Kleinhüningen außerhalb der eidgenössischen Befestigungswerke baten die Gemeindebehörden den Kleinen Rat für den Kriegsfall dringlich um Beistand mit Rat und Tat. Die Amtsbürgermeister wurden daraufhin beauftragt, das Geeignete zur Beruhigung der Gemeinde Kleinhüningen vorzukehren. Nachdem am 8. Januar noch die Verlegung des Divisionskommandos von Liestal nach Basel bekanntgegeben worden war, lief am folgenden Tag eine Depesche des Bundesrates ein des Inhalts, daß die Bundesversammlung auf den 14. Januar einberufen sei. Diese Nachricht kündigte die Wendung an. Zur gleichen Zeit wurden die Bürger in der Presse aufgefordert, ein eidgenössisches Anleihen von 12 Millionen Franken zum Zinsfuß von 5% zu zeichnen. Man begann, sich allmählich auch mit den finanziellen Konsequenzen der Grenzbesetzung zu befassen.

Für die Stimmung, welche damals bei den in unserer Stadt einquartierten Truppen herrschte, mag die folgende Proklamation des Luzerner Inf. Bat. 33 bezeichnend sein. Sie steht für zahlreiche ähnliche Kundgebungen:

An die Bürger von Basel!

Unserem Bataillon wurde die Ehre und Auszeichnung zuteil, zuerst die Waffen zu ergreifen und zuerst die Posten Eurer Stadt zu betreten und zu bewachen. Der feierliche Empfang, die Ehrenbogen, die Gastfreundlichkeit, ja brüderliche Aufnahme und Verpflegung, die allen ohne Ausnahme zuteil geworden ist, bestätigten wieder die Wahrheit des alten Wortes: Hie Basel — Hie Schweizerboden. Wir sagen Euch dafür unsern herzlichsten Dank. Haben wir auch Eure Stadt verlassen, nur ein Wink, so stehen wir wieder mitten unter Euch und wollen im Verein mit unsern teuren Waffenbrüdern Stadt und Vaterland schützen und retten.

Unterschrieben in Muttenz vom Feldprediger des Inf. Bat. 33.

Doch darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß auf dem Gebiete der militärischen Vorbereitung nicht alles zum besten bestellt war. Zu vieles mußte — eine Folge des damals noch herrschenden Föderalismus auf diesem Gebiete — improvisiert werden. Die Militärsanität steckte noch in den Anfängen ihrer Entwicklung, und der Nachschub an Material und Lebensmitteln wäre möglicherweise schon in den ersten Kampftagen zusammengebrochen. Auch gab es Spannungen personeller Art zwischen dem Militärkollegium und dem Platzkommandanten Oberst Funk. Übel stand es mit der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Presse. Gegen verleumderische und hetzerische Zeitungsartikel mußte der Kleine Rat mehr als einmal Einspruch erheben.

Besonderes Mißtrauen löste bei gewissen Bevölkerungskreisen offenbar die Existenz des Badischen Bahnhofes außerhalb des Kleinbasler Mauerringes aus. So mußte der Kleine Rat am 10. Januar 1857 beim Bundesrat Beschwerde führen gegen einen mit «Wolf und Lamm» betitelten Artikel, der am 5. Januar im Berner «Bund» erschienen war. Darin bezog sich der Basler Korrespondent dieser Zeitung auf Verhandlungen zwischen der großherzoglich-badischen Regierung und dem Kleinen Rat über den Status des Badischen Bahnhofes und unterschob der Basler Regierung, sie habe ein bestimmtes Schreiben der Badischen Eisenbahndirektion, in welchem

Basel angeblich für allfällige Kriegsschäden an den Bahnanlagen verantwortlich gemacht werde, nicht mit der nötigen Energie zurückgewiesen. Der verantwortliche Basler Korrespondent hatte offenbar aus einer gewissen Nervosität heraus, vielleicht aber auch mit einem bestimmten politischen Hintergedanken, der Badischen Eisenbahndirektion Äußerungen zugeschrieben, welche nie getan worden waren. Der Bundesrat drückte in Erwiderung der Beschwerde am 10. Januar sein Bedauern über diese Entgleisung aus, bemerkte indessen gleichzeitig, daß die verbreitete Ansicht, als stehe er mit gewissen Blättern in offizieller oder auch nur offiziöser Verbindung, ganz unbegründet sei. Lag diesem Fall vielleicht ein von Bern gegen die konservative Regierung in Basel genährtes Mißtrauen zugrunde, so war eine andere Zeitungsmeldung, welche am 5. Januar der Basler Polizeidirektion Anlaß zum Einschreiten gab, offenbar Ausdruck einer unbegründeten Angststimmung. Das «Basler Tagblatt» hatte unter dem Titel «Zur Beachtung» folgende indirekte Anfrage an die Regierung gerichtet: «Wäre es nicht am Platze, auf hiesigem Badischen Bahnhof die auch unter Transit bezeichneten Güterwaggons einer näheren Untersuchung zu unterwerfen? Zerlegte Geschütze könnten eben ohne besondere Aufmerksamkeit trotz des guten? Nachbars weiters transportiert werden.» Der Kleine Rat drohte dem Verleger der Zeitung an, der Redaktor, ein Tiroler, würde unverzüglich ausgewiesen werden, falls er sich weitere ähnliche Angriffe (gegen das Großherzogtum Baden) zuschulden lassen kommen sollte. Die Frage nach der Kapazität der Badischen Bahn lag damals immerhin in der Luft. So ließ das Eidgenössische Militärdepartement durch Ing. R. Merian prüfen, wieviel Truppen täglich von Frankfurt durch Baden nach Basel transportiert werden könnten. Der Experte kam zum Ergebnis, daß dies knapp 10 000 Mann sein könnten. Gegen die in den radikalen und liberalen Blättern unseres Landes geführte antipreußische, z. T. auch anti-französische Pressekampagne, vor allem gegen Panikmacherei, wandte sich die «Basler Zeitung» am 13. Januar mit den Worten: «Wir haben in Basel Zuzüger aus verschiedenen Kantonen gesehen, aber wir haben kein anderes Urteil ge-

hört, als daß jeder in ruhiger, mutiger Haltung Treue und Gehorsam gegen das Vaterland, seine Obrigkeit und seine Führer bestätigt habe. Möge die Schweizer Presse dieses Volk ehren, möchte sie aber auch von ihm lernen. Das Schweizer Volk ist sehr viel besser als seine Presse.»

Während die militärischen Vorbereitungen das Gesicht unserer Stadt, ja das Bild unseres Landes sichtbar veränderten, herrschte hinter den Kulissen fieberhafte diplomatische Tätigkeit. Zwar waren die Hoffnungen, die man vor allem in konservativen Kreisen auf die Bundesversammlung setzte, noch sehr vage. Die «Basler Zeitung» schrieb am 20. Dezember 1856 dazu: «Die Bundesversammlung tritt noch vor Jahresende zusammen, und zwar zu einer Sitzung, wie seit dem Bestehen der neuen Behörden noch keine so wichtige gehalten wurde, zum Entscheide einer Frage, wie mehr als ein Menschenalter keine so ernste und verhängnisvolle mehr den Beratungen der Bundesbehörden unterlegen hat . . . Wir machen dem Bundesrat keinen Vorwurf. Er glaubte, nach den im September (von den eidgenössischen Räten) erhaltenen Instruktionen handeln zu müssen. Aber diese Instruktionen haben den Fall nicht vorausgesehen, und konnten ihn nicht voraussehen, daß ein mächtiger Nachbar seine für die Schweiz wohlwollende Vermittlung auf eine bestimmte Bedingung hin eintreten lassen wolle. Es mag schwer sein, Schritte zurückzunehmen, Erklärungen zu widerrufen, aber die Bundesversammlung ist glücklicherweise nicht in diesem Fall, sie hat sich noch in keiner Weise über diese Frage ausgesprochen, denn sie lag noch gar nicht vor, und wenn der Bundesrat den ihm erteilten Auftrag allzu buchstäblich auslegen zu müssen glaubt, so ist die Bundesversammlung in freierer Stellung und kann so oder anders entscheiden, ohne mit sich selbst in Widerspruch zu geraten . . .» Die «Berner Zeitung», das Organ Stämpflis, dementierte zwar einige Tage später, daß Verhandlungen über einen diplomatischen Ausgleich erfolgreich gewesen seien, und auch der äußere Verlauf der folgenden Sitzungen der beiden eidgenössischen Räte erweckte den Anschein, als ob sich Stämpfli sowohl im Bundesrat wie auch bei der Legislative durchgesetzt habe. Doch waren schon in

den Kommissionsberatungen immer deutlicher warnende Stimmen laut geworden, die vor allem auch von außen her, nämlich durch zuversichtlichere Nachrichten, die der schweizerische Geschäftsträger in Paris, Barman, nach Bern mitbrachte, das nötige Gewicht erhielten. Stämpfli siegte zwar in den Beratungen der beiden Räte, nach außen hin schien die Schweiz entschlossener als je an ihren Forderungen festzuhalten. Indessen entschied sich der Bundesrat dafür, Dr. J. C. Kern sofort als außerordentlichen Gesandten, mit allen Vollmachten versehen, an den französischen Hof abzuordnen.

Parallel dazu verlief eine diplomatische Aktion, die von den Konservativen und dem juste milieu in Basel mit Wissen des Bundesrates vermittelt wurde, aber keinen offiziellen Charakter trug. Es handelte sich um die Mission des Basler Professors J. H. Gelzer bei König Friedrich Wilhelm IV. in Berlin. Gelzer, von 1844—50 Geschichtsprofessor in Berlin, war sowohl Schweizer als auch Deutscher. Ihm lag daran, einen Krieg zwischen zwei Staaten zu verhindern, die ihm beide Vaterland waren, zumal es sich bei den preußischen Ansprüchen seiner Ansicht nach um einen historischen Anachronismus handelte, für den Krieg zu führen sich überhaupt nicht lohnte. Seine Antipathie gegen die radikale Regierung in Bern ordnete er ganz diesem einzigen Ziel unter. Hinter ihm standen einerseits seine preußischen Freunde, die einen Krieg mit der Schweiz als einen völlig überflüssigen, unliebsamen Zwischenfall betrachtet hätten, andererseits ein bestimmter Kreis von Basler Politikern um Bürgermeister Felix Sarasin. Die baslerische Tradition der Vermittlertätigkeit, der ja gerade Felix Sarasin besonders verpflichtet war, machte sich auch in der tatkräftigen Unterstützung der Mission Gelzers geltend. Während die Basler Behörden einerseits, den Weisungen Berns entsprechend, Hand zu allen nötigen militärischen Vorbereitungen boten, versuchten zahlreiche einflußreiche Politiker, mindestens inoffiziell, eine Vermittlung, die Erfolg versprach, zu fördern⁴.

In den Tagen vor Weihnachten trafen in Basel aus ver-

⁴ St.A. B.-St. Privatarchiv Sarasin 212, L 42.

schiedenen Teilen Deutschlands alarmierende private Mitteilungen ein. Bürgermeister Felix Sarasin erhielt am 21. Dezember 1856 von Generalkonsul Caspar Hirzel aus Leipzig eine telegraphische Depesche des Inhalts «Veillez au grain, il paraît se préparer quelque chose contre Basilea, détails par courrier». Es folgte eine schriftliche Mitteilung Hirzels, Sarasin möchte beim Bundesrat dahin wirken, daß eine sofortige Amnestierung der royalistischen Gefangenen ausgesprochen werde. Nach einer Unterredung mit dem sächsischen Staatsminister, der zwar Preußens Haltung nicht teile, wolle ihm die Sache gar nicht mehr gefallen. Einen Brief ähnlichen Inhalts erhielt Prof. J. H. Gelzer am 24. Dezember von seinem preußischen Freund Bethmann-Hollweg. Noch am gleichen Tage suchte er Bürgermeister Sarasin auf und beschloß mit dessen Einverständnis, unmittelbar nach dem Weihnachtsfest nach Bern zu reisen, um dort die politische Situation zu erkunden und gleichzeitig seinen Willen zu bekräftigen, in direkten Kontakt mit dem König von Preußen zu treten und diesen zur bedingungslosen Aufgabe des Fürstentums Neuenburg zu bewegen. Gelzer kannte wie kein zweiter Schweizer den Charakter des preußischen Monarchen und schrieb sich mit Recht die Fähigkeit zu, auf diesen sehr schwierigen Menschen mindestens einwirken zu können. Er verhandelte am 28. Dezember mit Stämpfli, Escher, Gonzenbach, Dufour und Fornerod. Von allen wurde er in seiner Absicht bestärkt. Die Ultraradikalen wie James Fazy aus Genf und Oberst Denzler aus Neuenburg behandelten ihn allerdings mit größtem Mißtrauen.

Dem Bundesrat schien es wichtig zu sein, über die tatsächlichen Absichten der preußischen Regierung und die Stimmung des sehr labilen Königs aus direkter Quelle unterrichtet zu werden. Daher schätzte er es, daß zur offiziellen Mission Kerns in Paris eine geheim zu haltende Linie nach Berlin verlief. Als Gelzer am Neujahrstag 1857 von Basel nach Berlin abreiste, hatte er mit dem Basler Komitee, zu welchem neben Bürgermeister Sarasin auch sein Amtskollege Dr. J. J. Burckhardt und Ratsherr Karl Sarasin gehörten, verabredet, daß Gelzers Nachrichten in Basel umgeschrieben, wenn nötig ge-

kürzt und dann erst nach Bern weitergeleitet werden dürften. Über die Einzelheiten der Mission, die zunächst einmal bis zum 11. Januar (Wiederankunft in Basel) dauerte, erübrigen sich hier genauere Angaben. Der Verlauf der Aktion ist bereits in ausführlichen Arbeiten von E. Bonjour und K. Wall gebührend gewürdigt worden.

Am 12. Januar weilte Gelzer in Begleitung von Bürgermeister Dr. J. J. Burckhardt und Ständerat A. Staehelin bereits wieder in Bern zur Berichterstattung. Er unterhielt sich dabei mit Dr. J. C. Kern, der ebenfalls aus Paris herbeigeeilt war, mit dem neuen Leiter des Politischen Departementes, Bundespräsident Fornerod, später auch mit Stämpfli und Furrer.

Während Kern vor den Kommissionen der eidgenössischen Räte von einem Brief Kenntnis geben konnte, in welchem Friedrich Wilhelm IV. dem französischen Kaiser gegenüber seinen Verzicht auf Neuenburg für den Fall der Entlassung der gefangenen Royalisten versprach, war Gelzer in der Lage, in einer vom Preußenkönig direkt gebilligten Denkschrift dasselbe Versprechen aus erster Hand an die Kommissionen weiterzuleiten. Selbst Stämpfli zeigte sich vom Ergebnis der Aussprache zwischen Friedrich Wilhelm IV. und Gelzer hoch befriedigt und machte nun keine Opposition mehr gegen die vorgesehene Amnestierung vor Prozeßbeginn, wie sie der Bundesversammlung vorgeschlagen werden sollte. Er sprach Gelzer seinen Dank aus und wurde, wie dieser berichtet, bei der Diskussion nur in einem Punkte etwas lebhafter, als nämlich der schweizerische Unterhändler betonte, wie wichtig es sei, daß schweizerische Maßnahmen für den König von Preußen nichts Verletzendes in sich schließen dürften.

Fornerod war seiner Sache sicher, wenn er auch von ultraradikaler Seite im Nationalrat noch Opposition zu gewärtigen hatte und dem englischen Gesandten bedeuten mußte, er befinde sich nicht am Hofe des türkischen Sultans. Auf jeden Fall sandte Gelzer am 15. Januar nach der Tagung der eidgenössischen Räte eine Depesche an den preußischen Ministerpräsidenten mit der Mitteilung, daß die Angelegenheit in Bern entschieden sei, d. h. daß man die jetzt vorliegenden

Garantien zu einer vorgängigen Freilassung der Gefangenen für genügend halte und bereit sei, die Verzichtserklärung des Königs abzuwarten. Anschließend reiste Gelzer, mit den Instruktionen des Bundesrates versehen, ein zweites Mal nach Berlin. Noch war zu bereinigen, in welcher Form der König seinen Verzicht aussprechen werde. Stämpfli forderte direkte Verständigung zwischen der Schweiz und Preußen, damit diese von der geplanten Konferenz der Protokollmächte nur noch sanktioniert werden könnte und die Schweiz nicht in die Gefahr einer Bevormundung durch Frankreich gerate.

Gelzer weilte vom 24. Januar bis Ende Februar in Berlin und hatte sich hier mit allen möglichen Strömungen der preußischen Politik, mit den Einwirkungen der sog. Kamarilla, mit der offiziellen preußischen Staatsleitung und mit den persönlichen Rankünen des Königs auseinanderzusetzen. Dazu kamen noch Quertreibereien der royalistischen Emigranten aus Neuenburg. Kurzum: die Atmosphäre, die Gelzer in Berlin umgab, war unerfreulich. Am bedrohlichsten waren die Versuche des Königs, nun, nachdem die Bundesversammlung die Amnestierung, zugleich aber auch die Ausweisung der Gefangenen ausgesprochen hatte, soviel Vorteile als möglich zu erpressen, bevor er sich zur Verzichtserklärung endlich durchringen konnte. Verzögernd wirkte auch die Tatsache, daß das Basler Komitee alle Schreiben Gelzers sorgfältig exzerpieren, das Überflüssige streichen und den Text soweit als möglich auf den Empfänger zuschneiden mußte, damit nur ja auf keiner Seite irgendwelches Porzellan zerschlagen wurde. Gelzer erhielt ebenfalls nur zensierte Antworten auf seine Nachrichten, wurde aber von seinen Basler Freunden auch über alle dort zusammenlaufenden Meldungen genau informiert. Diese lieferten hauptsächlich Ständerat A. Staehelin, der Schwager Bürgermeister Sarasins, und Carl Geigy, der seinerseits über die Vorgänge in Bern von Nationalrat J. J. Trog (Olten)⁵ regelmäßig unterrichtet wurde.

⁵ Joh. Jakob Trog-Frey (1807—67), Nationalrat von 1848—57, Bundesrichter von 1852—56, Direktionsmitglied der Centralbahngesellschaft.

Ehe noch die direkten schweizerisch-preußischen Verhandlungen zum Ziele führten, ergriff die Botschafterkonferenz in Paris die Initiative und rang schließlich dem zaudernden König von Preußen die Unterschrift unter ein Abkommen ab, das den Verzicht der preußischen Krone auf Neuenburg in sich schloß. Die an den Rhein aufgebotenen Truppen wurden gegen Ende Januar Schritt um Schritt wieder demobilisiert. Nur ungern sahen manche Basler die über den Rhein geschlagene Notbrücke wieder verschwinden. Eine Gruppe gelangte an die Regierung mit der Bitte, man möchte diese doch so bequeme Verbindung zwischen den beiden Rheinufern noch belassen. Das Befestigungssystem im Kleinbasel erschien General Dufour als so wertvoll, daß er ernsthaft die Frage aufwarf, ob es nicht tunlich sei, dieses als permanente Anlage beizubehalten.

Der General verabschiedete sich mit einem eigentlichen Staatsakt am 26. und 27. Januar 1857 von der Bevölkerung Basels. Er wurde am 26. des Abends vor dem Hotel Drei Könige, wo er logierte, von der fackeltragenden Bevölkerung gefeiert. Liedertafel, Männerchor und Militärspiel brachten ihm eine Serenade dar, in deren Verlauf er selbst das Wort ergriff, um den Baslern für ihren Mut und ihre Ruhe, die sogar in der größten Gefahr nicht von ihnen gewichen sei, zu danken. Die Zeitungen wissen zu berichten, daß die Rede von der Menge mit maßlosem Jubel aufgenommen worden sei. Am folgenden Tag empfing der General eine Abordnung des Kleinen Rates und des Offizierskorps, hierauf inspizierte er die Schanzen im Kleinbasel und folgte kleinen Manövern auf der Schiffbrücke. Abends fand ein Festkonzert im glänzend geschmückten Stadttheater statt. Anschließend begab sich der General zum Festmahl in das Haus von Amtsbürgermeister Felix Sarasin (zum schönen Eck, St. Alban-Vorstadt 49). Zahlreich waren die Dankadressen, welche die abziehenden Truppeneinheiten in der Basler Presse an die Bevölkerung unserer Stadt richteten, um sie für die hier genossene Gastfreundschaft zu loben. Die Garnisonsstadt Basel kehrte wieder zurück zum geordneten Leben einer bürgerlichen Kleinstadt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Wendung in der Neuenburger Politik des Bundesrates (nicht in bezug auf das Ziel, aber auf die Methode), wie sie sich kurz vor Jahresende 1856 ankündigte, durch keine noch so machtvolle Demonstration der eidgenössischen Räte cachiert werden konnte und vor allem in den durch die Presse aufgehetzten, radikal gesinnten Bevölkerungsgruppen Ärger, ja Empörung auslöste. Man sagte nicht zu Unrecht, wozu eigentlich Truppen an den Rhein aufgeboden worden seien, wenn man nun bereit sei, aus den Händen von Dr. J. C. Kern die gleichen Versprechungen Napoleons III., wie sie seinerzeit bereits General Dufour angeboten worden waren, als genügende Garantie für die endgültige Befreiung Neuenburgs von der preußischen Krone entgegenzunehmen. In Basel war diese Kritik an der späten Nachgiebigkeit des Bundesrates kaum zu vernehmen, einerseits weil die große Mehrheit der Bevölkerung die emotionell bestimmte Politik Stämpflis, diese Politik in Hemdsärmeln, nicht teilte, andererseits weil man in dieser Stadt, die in vorderster Frontlinie lag, die Möglichkeit eines Krieges mit Preußen mit andern Augen sah als im Hinterland. So mischte sich beim Abzug der eidgenössischen Garnisonstruppen in den unverkennbaren Dank für die freundeidgenössische Rückendeckung ebenso unverkennbar ein starkes Gefühl der Erleichterung darüber, daß es durch die Vermittlung der Großmächte in letzter Minute zu einer friedlichen Lösung des Neuenburger-Handels gekommen war, die den endgültigen Anschluß Neuenburgs an die Schweiz ermöglichte. Wie in Basel dachte man auch in den wirtschaftlich interessierten Kreisen der Ostschweiz, die von Alfred Escher politisch repräsentiert waren und deren Einfluß nicht zuletzt die Änderung der bundesrätlichen Politik bewirkt hatte.

Die Grenzbesetzung am Rhein hatte zwar kaum einen Monat gedauert, doch trug sie entscheidend dazu bei, die Basler, welche seit der Kantonstrennung gesinnungsmäßig von den meisten eidgenössischen Ständen getrennt waren, diesen wieder näherzubringen. Mancher Schweizer Soldat durfte aus eigener Erfahrung erkennen, daß die von der radikalen Presse jahrzehntelang verfemte Bevölkerung dieser Stadt doch nicht

ganz so heuchlerisch fromm, herablassend stolz und politisch reaktionär war, wie man sie bis dahin durch die Brille der scharfmacherischen Redaktoren gesehen hatte. Schon die nächste außenpolitische Krise, welche die Eidgenossenschaft im Zusammenhang mit der Savoyerfrage im Jahre 1860 erfaßte, sollte zeigen, daß das politische Gefüge der Stadt Basel in Umwandlung begriffen war.

Zum politischen Sieg der Schweiz in der Neuenburgerkrise trugen außergewöhnlich günstige äußere und innere Umstände, die zusammenwirken konnten, ein wesentliches bei. Die öffentliche Meinung unseres Landes, das noch neun Jahre zuvor von einem Bürgerkrieg heimgesucht worden war, stand diesmal geschlossen hinter den Landesbehörden. Eine starke gefühlsmäßige Verbindung mit Neuenburg und eine ebenso starke — man kann sagen: traditionelle — Ablehnung der preußisch-deutschen Ansprüche wurden sichtbar. Was zu verfechten war, galt nicht als radikale Parteisache, sondern als nationales Anliegen. Dazu kam, daß der an Neuenburg interessierte ausländische Staat kein direkter Nachbar der Schweiz, zudem keine Großmacht, sondern ein Mittelstaat war. Daß die Großmächte in der Neuenburger Frage alles andere als einig waren, erhöhte die Aussicht auf einen politischen Sieg der Schweiz. Diese stand unter dem diplomatischen Schutz Englands.

Der erfolgreiche Ausgang des Neuenburger-Handels mochte bestimmte führende Kreise in der eidgenössischen Politik 1860 darüber hinwegtäuschen, daß die Voraussetzungen für die Erwerbung Nordsavoyens durch die Schweiz ganz andere, ungünstigere waren als beim Kampf um den Jurakanton. Nirgends wußte man dies besser als in Basel, und doch kamen gerade von hier wesentliche Impulse zur Aktivierung der Savoyerfrage. Diese aktivistische Politik war in Basel von jenen Kreisen getragen, die im Gefolge der zunehmenden Industrialisierung und der dadurch geförderten Zuwanderung eben in den sechziger Jahren politisch ein immer stärkeres Gewicht erlangten. Die Zahl der Niedergelassenen vergrößerte sich rasch und damit auch die Zahl der Anhänger der radi-

kalen Politiker. Es ist wohl symptomatisch, daß die «Basler Zeitung», das Blatt der Konservativen, 1859 einging und daß im März 1860, als die Savoyerkrise ihrem Höhepunkt zutrieb, als Organ der Radikalen «der Volksfreund», unter der Leitung von Wilhelm Klein, gegründet wurde.

Anlaß zu der neuerlichen außenpolitischen Krise bot im ersten Halbjahr 1860 die italienische Einigungsbewegung, im besonderen die Durchführung des Geheimabkommens von Plombières, in welchem Napoleon III. dem sardinisch-piemontesischen Ministerpräsidenten Cavour versprochen hatte, in Italien gegen Österreich zugunsten eines geeinigten Königreiches Italien unter sardinisch-piemontesischer Führung zu intervenieren. Als Lohn für seine Waffenhilfe war ihm die Übergabe des Stammlandes Savoyen und der Stadt Nizza in Aussicht gestellt worden. Nachdem Österreich im Sommer 1859 den Krieg gegen die vereinigten französischen-piemontesischen Truppen verloren hatte, ging nun die Diplomatie der Sieger daran, die vorgesehene Gebietsübertragung in die Tat umzusetzen, und damit erweckte Napoleon III. in der radikalen Schweiz einen Sturm der Empörung. In Genf fürchtete man die Umklammerung durch ein Frankreich, das als Kontinentalstaat auf dem Höhepunkt seiner Macht stand. Der schweizerische Bundesrat teilte diese Befürchtungen, handelte es sich doch bei diesem Besitzwechsel eindeutig um eine Verschlechterung der militärstrategischen Lage der Schweiz. Jedermann war überzeugt davon, daß sich die vom Wiener Kongreß festgelegte Neutralisierung ganz Nordsavoyens (nördlich der Linie Ugines–Le Bourget–Rhone) und das im Turiner Vertrag von 1816 stipulierte Besetzungsrecht der Schweiz gegenüber einer Großmacht wie Frankreich auf die Dauer gar nicht halten lasse. Abgesehen davon drängte Genf auf eine Erweiterung der Freihandelszone, die am Wiener Kongreß auf Kosten Frankreichs erreicht und im Turiner Vertrag 1816 auf savoyisches Gebiet ausgedehnt worden war. Darüber hinaus wuchsen aus dem steigenden Nationalbewußtsein der Schweizer gegen Ende der fünfziger Jahre reine Machtinteressen, die ihre Erfüllung in der Annexion ganz Nordsavoyens hätten finden können. Manche wollten sich unter

keinen Umständen mit einer Verlängerung der schweizerisch-französischen Grenze abfinden, und um dies zu erreichen, erschien ihnen die rasche Annexion der savoyischen Nordprovinzen das einzig taugliche Mittel. Was man 1814, nach der Niederlage Napoleons I., zu tun versäumt hatte, das sollte jetzt, zu einem viel ungünstigeren Zeitpunkt, noch nachgeholt werden, nämlich die Gewinnung der nordsavoyischen Provinzen zur Abrundung des schweizerischen Territoriums im Südwesten. Das Recht dazu wollte man in Bern aus dem Vertrag von 1564 ableiten, der dem Herzog von Savoyen untersagte, die südlich des Genfersees gelegenen Gebiete von Chablais ohne Zustimmung der bernischen Obrigkeit zu veräußern. Die Erinnerung an die einstige machtpolitische Größe des Staates Bern lebte gerade im Kanton Bern und in der Bundesstadt wieder auf. Gestützt auf diesen historischen Vertrag und auf die völkerrechtliche Festlegung einer viel weiter südlich des Genfersees verlaufenden schweizerischen Militärgrenze, glaubte man in Bern genügend legitimiert zu sein, um eine Hinzuziehung der Schweiz vor der Durchführung der bereits vereinbarten Gebietsübergabe fordern zu dürfen. Vom Standpunkt des Völkerrechtes aus durfte die Schweiz nur eines fordern, nämlich die Aufrechterhaltung der Neutralisierung und das Besetzungsrecht in Kriegszeiten.

Im Gegensatz zur Zeit des Neuenburger-Handels zeigte diesmal die Schweiz kein Bild der nationalen Geschlossenheit. In manchen Kreisen sah man die Notwendigkeit der Eingliederung neuer Kantone oder der Vergrößerung des Kantons Genf um die nordsavoyischen Provinzen, die geschichtlich nicht mit der Schweiz verbunden waren, gar nicht ein und scheute überdies einen Konflikt mit dem mächtigen Frankreich. In der Waadt brachte der «Nouvelliste Vaudois» die Opposition gegen die Inkorporierung einer fremden, stark katholisch beeinflussten Bevölkerung zum Ausdruck, in der Ostschweiz die «Neue Zürcher Zeitung» die Gegnerschaft der Industriellen gegen einen Kampf mit Frankreich, dem wichtigsten Handelspartner der Schweiz.

Daß in Savoyen selbst eine starke Gruppe, geführt von katholischen Politikern, den Anschluß an Frankreich betrieb, wäh-

rend nur in der sardischen Freizone um Genf die Bevölkerung aus wirtschaftlichen Gründen einem Anschluß an die Schweiz günstig gesinnt war, wollte man in schweizerischen Regierungskreisen lange nicht zur Kenntnis nehmen, ebensowenig die Tatsache, daß diesmal England nur mit leeren Worten gegen die Annexion Savoyens durch Frankreich auftrat, nicht aber bereit war, mit ebenso starken diplomatischen Mitteln auf Napoleon III. einzuwirken wie seinerzeit im Neuenburger-Konflikt gegenüber Friedrich Wilhelm IV. Wie konnten radikale Politiker unter der Führung Stämpflis überhaupt auf den Gedanken kommen, rund 175 000 konservative sardinische Untertanen, die zwar innerlich mit dem Königshaus in Turin wenig verbunden waren und auch keinen Anschluß an das neue Königreich Italien wünschten, davon abzubringen, ihr Heil in einem Anschluß an das gleichsprachige konservativ-katholische Frankreich zu sehen? Wenn wir von den wirtschaftlichen und politischen Gründen der Genfer Radikalen absehen, welche ein legitimes Bedürfnis der Genfer Bevölkerung als Ganzes zum Ausdruck brachten, so war die Pressekampagne, welche die radikalen Führer zugunsten der schweizerischen Ansprüche in Savoyen und gegen die französische Außenpolitik in Szene setzten, doch in erster Linie Ausdruck des Mißtrauens und der Abneigung gegen die Machtvergrößerung des Renegaten Napoleon III. Was im Neuenburger-Handel, noch einigermaßen verdeckt, lange Zeit die schweizerische Außenpolitik beherrscht hatte, das trat nun offen zutage: der Haß der schweizerischen Radikalen gegen den in ihren Augen schlimmsten Feind der Volksfreiheiten, gegen einen abtrünnigen Liberalen, den man seinerzeit als Emigranten aufgenommen und zum Ehrenbürger ernannt hatte und der jetzt Inbegriff der nationalen Machtpolitik war. Daß Napoleon III. noch im Februar 1860 mündliche Zusicherungen gegeben hatte, er werde nach der Abtretung Savoyens die Provinzen Chablais und Faucigny der Eidgenossenschaft überlassen, von diesem Versprechen aber nach dem Abschluß eines englisch-französischen Handelsvertrages wieder zurücktrat, brachte den Bundesrat und insbesondere Stämpfli erst recht in Harnisch. Napoleon glaubte

sich bei diesem Widerruf auf den Wunsch der Bewohner Savoyens stützen zu können, deren Deputation dem Kaiser gegenüber beteuert hätte, das Land wolle geschlossen an Frankreich übergehen und unter keinen Umständen die Nordprovinzen aus dem bisherigen Regionalverband entlassen.

Während sich die schweizerische Diplomatie, die, geführt von Bundespräsident Frey-Herosé, ein Bild kläglicher Ratlosigkeit bot, vom britischen Kabinett falsch beraten ließ und auf Rechtsansprüche pochte, die unser Land gar nicht hatte, statt in direkten Verhandlungen mit Napoleon III. das Bestmögliche herauszuholen, gelang es dem Franzosenkaiser durch eine subtile Außenpolitik die internationale Anerkennung des Annexionsvertrages vom 24. März 1860 bei den übrigen Großmächten zu sichern und gleichzeitig die savoyische Bevölkerung, soweit sie dem Anschluß an Frankreich indifferent gegenüberstand oder gar die Verbindung nicht wünschte, mit großzügigen Versprechungen wirtschaftlicher Art für sich zu gewinnen. Schon 1859, als französische Truppen auf dem Wege zum italienischen Kriegsschauplatz durch die neutralisierten Gebiete Nordsavoyens transportiert worden waren, hatte es die schweizerische Diplomatie unbegreiflicherweise unterlassen, energisch ihre Interessen gegenüber Frankreich zu wahren. Damit war ein gefährliches Präjudiz geschaffen worden.

Die Savoyerkrise erreichte im März 1860 ihren Höhepunkt, als der Bundesrat, dessen Mehrheit offenbar zum äußersten entschlossen war, die eidgenössischen Räte einberief, um sich Vollmachten geben zu lassen, welche ihm erlaubt hätten, dem Übergang ganz Nordsavoyens an Frankreich durch eine sofortige militärische Besetzung dieser Gebiete zuvorzukommen. Um die zögernden Mitglieder des Stände- und des Nationalrates im kriegerischen Sinne zu beeinflussen, griff der Bundesrat zum bewährten Mittel der radikalen Politik, zur Mobilisierung der Volksmassen in großen Volksversammlungen. Der repräsentativen Demokratie wurde die direkte Demokratie übergeordnet. Träger der ultraradikalen Politik waren der Grütliverein und die Männerhelvetia. Vor allem diese von Stämpfli gegründete Gruppe ehemaliger aktiver

Studenten der Verbindung «Helvetia» entwickelte sich in diesen Tagen zum eigentlichen Stoßtrupp der Radikalen. Sie hatte ihr geistiges Zentrum in Bern, konnte aber auf die Unterstützung von Sektionen in allen größeren Zentren unseres Landes zählen.

Von Basel aus wirkte Wilhelm Klein als Zentralpräsident der Männerhelvetia und als früherer Zentralpräsident des Grütlivereins an führender Stelle im Sinne Stämpflis. Ihn unterstützten ebenfalls in leitender Position Dr. Karl Brenner, Redaktor Jacob Schabelitz und Oberst Samuel Bachofen. Die Basler Sektion der Männerhelvetia umfaßte damals rund hundert Mitglieder. Obwohl Präsident dieser politischen Avantgarde, wurde Klein, ein eben arrivierter Lehrer, in Bern von seinen Gesinnungsgenossen, mindestens damals noch, etwas von oben herab behandelt. Es bleibt offen, ob Klein aus voller Überzeugung Stämpfli folgte oder ob er in den Händen des ihn betörenden Bundesrates zu einem willfährigen Werkzeug wurde. Die meisten Hinweise sprechen allerdings für die Richtigkeit der ersten Annahme.

Klein schrieb am 24. März 1860 im «Volksfreund»: «Die Savoyerfrage ist in ein Stadium getreten, das den Ernst und die Energie der Schweizer Nation in Anspruch nimmt. Die französische Politik und unter ihrem Druck leider auch die piemontesische spielt ein so zweideutiges Spiel, daß die Schweiz völlig im Dunkeln darüber gelassen wird, wie sie mit ihren Interessen daran ist, und ob nicht von einem Tag zum andern ein gewaltiger Strich durch ihre Rechte gemacht wird.» Zufolge dieser Befürchtungen und um Stämpfli den Rücken zu stärken, tagte am 25. März noch vor dem Zusammentritt der eidgenössischen Räte in Bern die Generalversammlung der Männerhelvetia. Nach dem Bericht des «Volksfreundes» sollen daran rund 4000 Männer innerhalb des Sitzungssaales und weitere Hunderte außerhalb teilgenommen haben.

Die Massenversammlung wurde von Wilhelm Klein präsiert. Nachdem verschiedene Redner auf die von Frankreich her drohende Gefahr hingewiesen hatten, wurde eine Resolution gefaßt, welche den Bundesrat einlud, er solle sofort die wesentlichen Maßnahmen ergreifen, um den Pro-

testen der Schweiz gegen das französische Vorgehen in Nordsavoyen den nötigen Nachdruck zu geben. Gemeint war ohne Zweifel eine militärische Präventivaktion, welche es erlaubt hätte, Chablais und Faucigny zu besetzen, bevor französische Truppen gemäß den Bestimmungen des Annexionsvertrages dort eingerückt wären.

Anschließend an die Beschlußfassung überbrachte eine Viererdeputation, darunter Oberst Samuel Bachofen und der spätere Berner Bundesrat Schenk, der Landesregierung die Erklärung der Männerhelvetia. Der Bundesrat tagte eben, konnte sich aber infolge der Unschlüssigkeit seiner Mitglieder zunächst auf keine direkten Maßnahmen im Sinne der Helveter-Resolution einigen. Etwas später empfing die Bankettgemeinde, vor der Dr. Karl Brenner gerade eine Rede hielt, die Nachricht, der Bundesrat habe das Aufgebot von sechs Bataillonen beschlossen, mit derart lautem Beifall, daß die nachher angefügten Worte «zu Wiederholungskursen» zunächst überhört wurden und dann wie eine kalte Dusche wirkten. Dieser Beschluß des Bundesrates entsprach einem Vermittlungsantrag von Bundespräsident Frey-Herosé, demgegenüber Stämpfli als Vorsteher des eidgenössischen Militärdepartementes das Aufgebot von 18 Bataillonen zum sofortigen Aktivdienst gefordert hatte, aber von keiner Seite unterstützt worden war. Bereits zeichnete sich der Sieg der gemäßigten Richtung innerhalb des Bundesrates und der eidgenössischen Räte ab.

Die ultraradikalen Gruppen waren sich offenbar noch nicht bewußt, daß sie den Kampf bereits verloren hatten. «Der Volksfreund» schrieb am 7. April 1860 in einer Korrespondenz aus Bern: «Als die Bundesversammlung zusammentrat und die Wahl der Kommissionen zur Vorberatung der bundesrätlichen Botschaft bekannt wurde, merkte man, daß eine üble diplomatische Bise durch die Reihen der eidgenössischen Räte ging. Doch konnte man sich nicht vorstellen, daß die Krämer- und die Eisenbahnpolitik derart überwiegen würde, wie dies bei den ersten Anträgen der Kommissionen wirklich geschah. Mit Erstaunen mußte man vernehmen, daß den Vorschlägen des Bundesrates der Nerv genommen werden

sollte.» Bezeichnenderweise berief der Nationalrat mit 96 von 104 Stimmen Alfred Escher zum Präsidenten der vorberatenden Kommission, ebenso auffallend ist, daß Bürgermeister J. J. Stehlin von Basel, wenn auch mit großem Abstand, nämlich mit 62 Stimmen, an zweiter Stelle gewählt wurde, die übrigen sieben Mitglieder erhielten noch weniger Stimmen. Zunächst wollten beide Kommissionen den Bundesrat in aller Form dazu verpflichten, die Bundesversammlung nochmals einzuberufen, bevor er es zum Äußersten kommen lasse. Die eidgenössischen Räte waren also nicht bereit, dem Bundesrat Blankovollmacht zu erteilen. Erst als klar wurde, daß die Mehrheit des Bundesrates nicht mehr willens war, Stämpfli zu folgen und einzelne seiner Mitglieder handfeste Zusicherungen in dieser Richtung gegeben hatten, beantragten die beiden Kommissionen, dem ursprünglichen Wortlaut der bundesrätlichen Anträge zuzustimmen. Im Sinne der Mäßigung hatte in den Kommissionssitzungen neben Escher vor allem auch J. J. Stehlin gewirkt. Beide Räte stimmten nun den dem Bundesrat zu erteilenden Vollmachten zu, aber mit dem stillen Vorbehalt, daß nur nach einer erneuten Konsultierung der Räte davon Gebrauch gemacht werden dürfte.

Während auf internationaler Ebene das Politische Departement von allen Seiten, so vor allem vom britischen Premier Palmerston und seinem Außenminister Russell, vor übereilten Schritten gewarnt wurde und der französische Außenminister Thouvenel für den Fall einer Besetzung Nordsavoyens durch die Schweiz mit militärischen Gegenmaßnahmen drohte, veranstaltete die Männerhelvetia im Lande herum, unterstützt von zahlreichen kantonalen Offiziersgesellschaften, große Versammlungen, um so den Willen des Volkes demjenigen der eidgenössischen Räte gegenüberzustellen. Im Neubad bei Basel fand noch gegen Ende April eine von der Birsecker und der Basler Sektion der Männerhelvetia gemeinsam organisierte und angeblich von 3000 Männern besuchte Versammlung statt, an der W. Klein das Hauptreferat hielt. In den gleichen Tagen richtete der Zentralausschuß der Männerhelvetia von Basel aus einen feurigen Aufruf ans Schweizervolk, der mit den Sätzen schloß: «Möge sich das Volk in al-

len Teilen unseres schönen Vaterlandes zusammenscharen, um in größeren und kleineren Versammlungen sich zu verwahren gegen die Annexion der neutralisierten Provinzen Savoyens an Frankreich, gegen diesen ersten Faustschlag, den ein mächtiger Nachbar gegen unser Recht, gegen unsere Neutralität und gegen unsere Unabhängigkeit führt . . . Das Recht eines freien und einigen Volkes ist eine uneinnehmbare Festung, und der entschiedene Wille, frei zu bleiben oder zu sterben, ist ein Wall, den auch der mächtigste Eroberer nicht leicht durchbricht. Hat doch derjenige, den wir im Jahre 1838 schützten, und der uns mit Undank vergelten zu wollen scheint, selbst gesagt: Die Schweiz ist unbesiegbar, wenn sie einig ist, ihre Rechte sind eingeschrieben in den Granit ihrer Alpen und werden geschützt durch die Kugeln ihrer Stutzer.»

Diese selbstsicheren, pathetischen Worte stehen im seltsamen Gegensatz zum Kreisschreiben des Bundesrates, in welcher dieser den Kantonsregierungen mitteilt, daß die diplomatischen Mittel zur Lösung der Krise erschöpft seien und daß er des Rates bedürfe. Darauf antworteten die meisten Kantonsregierungen mit mehr oder weniger starken, mehr oder weniger ehrlich gemeinten Worten. Der Kleine Rat von Basel-Stadt schrieb am 26. März an den Bundesrat eher diplomatisch zurückhaltend: «Indem wir die gemachten Mitteilungen bestens verdanken, beeilen wir uns, unsere Freude auszudrücken über die ebenso umsichtige und richtige, als nachdrückliche Weise, womit Sie das gute Recht der Schweiz in dieser für unser gemeinsames Vaterland so außerordentlich wichtigen Angelegenheit zu wahren suchen. Wir erklären ausdrücklich, daß wir mit der Anschauungsweise Ihrer hohen Behörde vollständig einverstanden sind, daß wir die diesfälligen Schritte billigen und wir fest zu Ihnen stehen werden, die Fragen dieser Angelegenheit seien, welche sie wollen. Basel ist in ähnlicher Weise wie diejenige Ecke des Vaterlandes, um deren Zukunft es sich jetzt zunächst handelt, gegen das Ausland vorgeschoben. Um so lebendiger fühlt es hier die ganze Bürgerschaft, daß es bei einem solchen Anlaß gilt, sich um die Sache des gemeinsamen Vaterlandes zu scha-

ren und dessen Vertreter stark zu machen durch das allgemeine Vertrauen.»

Während «der Volksfreund» sich wie die «Berner Zeitung» eher polemisch hervortat, blieben die liberalen «Basler Nachrichten», also das Intelligenzblatt, im Ton gemäßigt, aber in der Sache doch auch hart wie die meisten liberalen Blätter unseres Landes. Diese Zeitung kommentierte die mäßigende Haltung der Bundesversammlung mit den Worten: «Die Mehrheit ist wieder einmal auf die einschläfernde Zusicherung von Paris hereingefallen. Wir hoffen, daß unsere Anschauungsweise zu schwarz sei.» Drei Wochen später faßte der Redaktor einen Überblick über die Situation mit den Worten zusammen: «Die Schweiz hat nach einem kleinen Anlauf zu aktivem, einen raschen Entscheid zu provozieren geeignetem Vorgehen es als geratener erachtet, sich vorderhand gänzlich auf den Weg der diplomatischen Verhandlungen, der Noten und Proteste zu beschränken.»

Diese Worte der Resignation drückten die Stimmung aus, welche in Bern Ende April herrschte, als immer deutlicher wurde, daß Frankreich in Savoyen ganz unbeirrt seinen Weg ging, ohne von irgendeiner Großmacht daran gehindert zu werden, während in der Schweiz selbst, allen radikalen Volksversammlungen zum Trotz, die Mehrheit des Volkes sich der Grenzen der eigenen Kraft bewußt war und sich nicht auf einen aussichtslosen Kampf um ein Gebiet einlassen wollte, von dessen Einwohnern man kaum wußte, ob sie sich je in den Bund der Schweizer würden einordnen können.

Welchen Widerhall fanden die radikalen Parolen in Basel? Ohne Zweifel unterstützte eine große Zahl Bürger, wenn nicht die Mehrheit, die schweizerischen Ansprüche im guten Glauben an deren Rechtmäßigkeit. Vielleicht fanden die Forderungen Stämpflis hier mehr Anklang als in manch anderem Kanton, wenn auch nur wenige bereit waren, selbst das Kriegsrisiko in Kauf zu nehmen. Vielmehr hofften die meisten, auf dem Wege von Verhandlungen, seien es direkte Absprachen mit Paris oder Entscheidungen einer Großmächtekonferenz, könnte letztlich doch noch eine Gebietserweiterung am Genfersee erzielt werden. Von irgendeiner Kriegs-

begeisterung war nichts zu verspüren. Zu Nordsavoyen bestand keine innere Beziehung wie seinerzeit zu Neuenburg.

Warum also die nachhaltige Unterstützung der schweizerischen Forderungen auf Nordsavoyen? Selbst die sprichwörtliche Basler Hilfstätigkeit wurde in einem gewissen Sinne für politische Zwecke mißbraucht. Oder wie wäre es sonst zu erklären, daß am 14. März in der Presse ein Aufruf zu einer Sammlung zu Gunsten der brandgeschädigten savoyischen Gemeinde Bas de Thex erging? Es ist kaum anzunehmen, daß der politische Einfluß Wilhelm Kleins damals in Basel schon stark genug war, um die Bevölkerung im Sinne der radikalen Politik entscheidend zu beeinflussen. Auffallend ist hingegen der häufig erwähnte Hinweis auf die exponierte Lage der Stadt Genf. Wenn auch die territoriale Situation Basels nur bedingt mit derjenigen Genfs verglichen werden durfte, so zog die Bevölkerung doch gewisse Analogieschlüsse und empfand in mancher Hinsicht die Sache der Rhonestadt als ihre eigene. Man übersah dabei, daß in Genf selbst, genau betrachtet, die Meinungen in der Savoyerfrage gar nicht so einhellig waren, wie von den radikalen Führern nach außen hin der Anschein erweckt wurde. Dabei hätte gerade eine Veröffentlichung des «Christlichen Volksboten», des Organs der Basler Pietistengemeinde, den aufmerksamen Leser eines andern belehren können. In jenen Tagen wurde dort ein Aufruf des Genfer reformierten Kirchenbundes publiziert, durch welchen die Reformierten aller Richtungen aus der ganzen Welt zu einem Kongreß nach Genf eingeladen wurden. Als Begründung wurde vorausgeschickt, daß es jetzt an der Zeit sei, alle Reformierten unter einer Führung zu vereinigen, da selbst Genf, die Stadt Calvins, mehr und mehr unter den Einfluß einer aktivistischen savoyardisch-katholischen Gruppe, die im ganzen Kanton bereits rund 25 000 Personen umfasse, zu geraten drohe. Hier wurde nun doch sehr deutlich, wie stark auch konfessionelle Befürchtungen selbst in Genf gegen die Verbindung mit Nordsavoyen sprachen. Allerdings konnte eine solche Veröffentlichung in keiner anderen Zeitung als im «Christlichen Volksboten» zu Basel, der die politischen Geschehnisse in seinen Spalten nur am Rande berührte, erscheinen.

Während die Opposition in Basel, die immer stärker werdende Gruppe der Radikalen, offensichtlich in führender Stellung, wenn auch nicht mit entscheidendem Gewicht, die Politik Stämpflis lautstark unterstützte und bis zum Äußersten zu gehen bereit schien, stand das offizielle Basel auf der Linie Alfred Eschers, der sich als unumschränkter Wirtschaftsführer der Ostschweiz mit aller Energie einer ideologisch geladenen, abenteuerlichen Machtpolitik, wie sie von Bern aus ins Werk gesetzt wurde, entgegenstellte. Über die persönliche Haltung von Bürgermeister J. J. Stehlin orientiert uns ein ausführliches Schreiben, das er an seinen alten Freund und Waffenkameraden Staatsrat Delarageaz in Préverenges, der inzwischen auch Nationalrat geworden war, richtete. Delarageaz hatte in einem Brief an Stehlin die Berichterstattung der Basler Presse über die Einstellung der Waadtländer zur Savoyerfrage bemängelt und darin erklärt, die öffentliche Meinung der Waadt stehe in dieser Angelegenheit hinter dem Staatsrat und lehne die aktivistische Politik Stämpflis ab. Nicht zuletzt unter dem Einfluß der klaren Haltung der «Neuen Zürcher Zeitung» beginne das Schweizervolk sich von den Thesen der Männerhelvetia zu distanzieren und die Politik der Kommissionen der beiden eidgenössischen Räte zu unterstützen. Von Stehlin erwartete er eine persönliche Äußerung, aber auch ein Stimmungsbild von der Haltung der Basler Bevölkerung⁶.

Der Originaltext der Antwort des Basler Staatsmannes ist nicht mehr vorhanden, doch können wir aus dem Dankschreiben, das Delarageaz einige Tage später an Stehlin sandte, schließen, daß der in französischer Sprache verfaßte Brief Stehlin sofort den Weg in die Öffentlichkeit fand, nämlich in der Form eines Korrespondentenberichtes aus Basel, der am 28. April im «Nouvelliste Vaudois», dem Organ von Delarageaz, publiziert wurde. Stehlin attackiert darin zunächst die Stämpfli-hörigen Zeitungen, welche den Lesern ein falsches Bild von der Einstellung der Waadtländer zu vermitteln trachteten. Insbesondere wendet er sich gegen die Haltung

⁶ St.A. B.-St. Privatarhiv Stehlin 513, I, B, 3, 4.

der «Basler Nachrichten», die offenbar in dieser Sache unter den Einfluß eines hochstehenden Militärs geraten sei. Im übrigen gibt Stehlin freimütig zu, daß in Basel die Meinungen in der Savoyerfrage geteilt seien. Zwar träten, abgesehen von den Mitgliedern der Männerhelvetia und den zahlreichen Anhängern des Grütlivereins, viele junge Leute und einige Arbeiter für eine Kriegspolitik ein, aber der Großteil der Mitbürger stelle sich hinter die Mehrheit des Bundesrates. Wer befähigt sei, sich ein fundiertes Urteil zu bilden, habe bereits erkannt, daß sich die Schweiz jetzt in einer peinlichen Situation befinde, was auf die ungeschickte Politik des Bundesrates nach dem 6. Februar (Napoleons III. Zusicherung für den Fall des Besitzwechsels) zurückzuführen sei. Statt den General Dufour nach Paris zu entsenden, habe man in Paris protestiert und bei den Großmächten Schritte unternommen und damit den Kaiser dazu gebracht, seine der Schweiz günstigen Pläne abzuändern. Was sollte man jetzt von militärischen Schritten gegen Frankreich oder von einer Großmächtekonferenz erwarten? Das Schlimmste an der Angelegenheit sei die Zwietracht, welche von Agenten unter das Schweizervolk getragen werde. Wäre es nicht vernünftiger, sich zusammenzuschließen, um mit Nachdruck die Unabhängigkeit des Landes verteidigen zu können, wenn sie wirklich bedroht werde?

Aus dem Schreiben spricht die kühle Sachlichkeit des Militärs, verbunden mit der Weitsicht eines erfahrenen Staatsmannes. Diese Distanziertheit gegenüber der brennenden Tagesfrage war nicht nur typisch für Stehlin, sondern auch für alle damals im Amte stehenden Basler Politiker. Man sah ganz klar die Grenzen des Möglichen, man sah aber auch die entscheidenden Fehler, welche der Bundesrat bereits in der ersten Phase der Krise begangen hatte. Daß Delarageaz sich bemühte, die Meinungsäußerung Stehlins unverzüglich einer weiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, beweist nur, welches Gewicht man ihr auch im Lager von Politikern beimaß, welche im allgemeinen nicht auf der Linie des Baslers standen.

Während der Neuenburger-Handel als eines der glorreich-

sten Kapitel in die jüngere Schweizergeschichte einging, sollte die unglückliche Savoyer Angelegenheit auch in Zukunft weiterhin Anlaß zu unerfreulichen Diskussionen und Auseinandersetzungen mit dem westlichen Nachbarn geben. Zwar verschmolz und vergrößerte Napoleon III. unmittelbar nach einem farcenhafteu Anschlußplebiszit in Savoyen die beiden bestehenden kleinen Freihandelszonen von Gex und Savoyen zur großen Zone, welche das ganze bisher neutralisierte Gebiet umfaßte. Die Schweiz stand aber, wenn wir vom weiterbestehenden Besetzungsrecht absehen, im übrigen mit leeren Händen da, obgleich Napoleon III. dem schmollenden Bundesrat direkt und indirekt als Kompensation gewisse, freilich bescheidene Grenzveränderungen am Genfersee angeboten hatte. Der Übergang ganz Savoyens an Frankreich, damals bereits vollzogene Tatsache, traf manchen Schweizer an seiner empfindlichsten Stelle.

Die siegreiche Dritte Republik sprach 1919 im Versailler Vertrag der Schweiz die Besetzungsrechte in Savoyen ab und beschränkte später die große Zone wieder auf das unmittelbare Hinterland von Genf. Diese einseitige Maßnahme begründete sie damit, daß Napoleon III. seinerzeit die große Zone aus eigener Machtvollkommenheit und ohne Übereinkommen mit der Schweiz dekretiert habe. So rächte sich die mangelnde Flexibilität der bundesrätlichen Politik von 1860 noch mehr als sechzig Jahre später.

Die Niederlage Stämpflis in seiner Außenpolitik war natürlich auch eine Niederlage Wilhelm Kleins und seines Anhangs in Basel. Während sie aber für den bernischen Bundesrat das frühe Ende seiner politischen Karriere ankündigte, stand sie für Klein am Anfang seines politischen Aufstiegs. Er sollte schon bald als zweites Basler Mitglied, neben J. J. Stehlin, im Nationalrat Einsitz nehmen. Die Wählerschaft wollte es ihm offenbar nicht vergelten, daß er sich für ein Ziel eingesetzt hatte, dessen Erreichung doch ihrem Nationalbewußtsein geschmeichelt hätte.

Basels Einsatz während der beiden erwähnten außenpolitischen Krisen war, gemessen am politischen Einfluß dieser Stadt, unverhältnismäßig bedeutend. Bezeichnenderweise zeigte

er sich weniger innerhalb der politischen Gremien als in der Presse und in den Vorgängerinnen der politischen Parteien, in den noch lose gefügten Vereinigungen mit politischem Einschlag; so wuchs Basel durch die Auseinandersetzung mit den zur Diskussion stehenden Grundelementen der eidgenössischen Außenpolitik geistig in den neuen Bund hinein, der Prozeß der Integration beschleunigte sich, die seit der Kantonstrennung zu beobachtende Erstarrung löste sich mehr und mehr.